

Wiener Stadt-Bibliothek.

66124 A



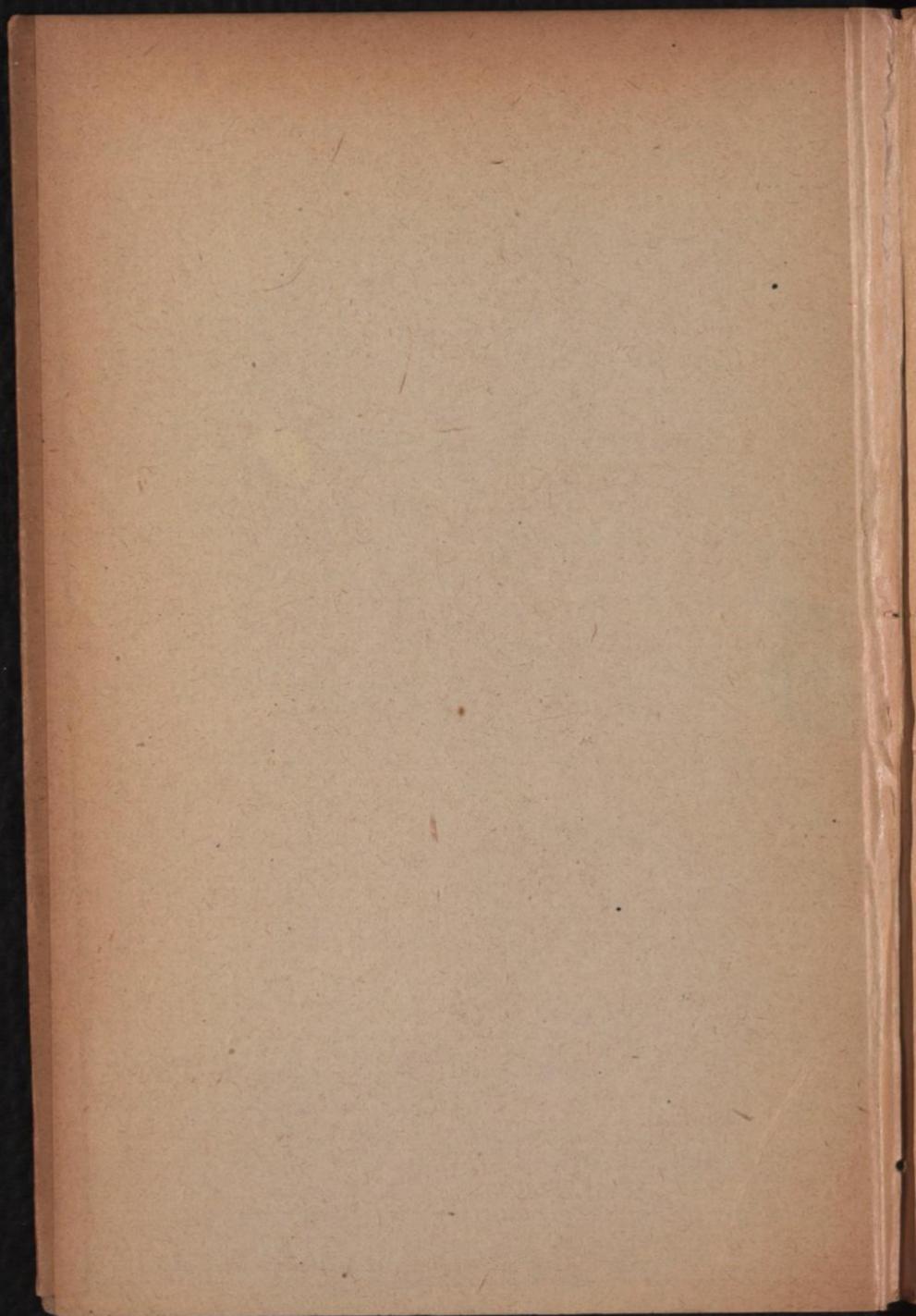
**Die Sozialdemokraten
im Wahlkampfe 1919**

Von Hauptschriftleiter Karl Schwesler



Zweite Auflage.

Graz und Wien 1919
Verlagsbuchhandlung „Sthria“



Die Sozialdemokraten im Wahlkampfe 1919.

Eine Besprechung des
sozialdemokratischen Wahlprogramms.

Von Hauptschriftleiter
Karl Schwechler.

Zweite Auflage.

Graz und Wien 1919.
Verlagsbuchhandlung „Styria“.

JN 98489



Universitäts-Buchdruckerei „Styria“, Graz.

Einleitung.

Für die deutschösterreichischen Sozialdemokraten bedeuten die Wahlen 1919 die große Entscheidungsschlacht, in der die sozialistische Republik ihre Geburtsstunde erleben soll. Diesmal geht es um das Ganze. Es handelt sich nicht um die Eroberung einiger Mandate, sondern um die der ganzen politischen Macht, um das Proletariat zum Gebieter des neuen Staates zu machen. Max Adler schrieb im „Kampf“ (Dezemberheft 1918, S. 783): „Es liegt in der Hand des Proletariats, aus dieser Wahl einen revolutionären Akt zu machen, den die Abstimmung wird von uns unter der Parole des Anschlusses an Deutschland, das heißt an die deutsche sozialistische Republik erfolgen. Sie wird keine Wahl im politischen Sinne friedlicher Zeiten sein, sie wird vielmehr eine Rekrutierung für die sozialistische Umwälzung auch für uns werden und die Volksenergien ergreifen, welche hiezu erforderlich sind.“ Die Wahlen 1919 sollen also die sozialistische Republik bringen. Daher ist es begreiflich, daß die Sozialdemokratie nichts unversucht lassen wird, um ihr Ziel zu erreichen. Der erste Schuß, der in der Wahlkampagne gefallen ist, war das Wahlprogramm, das alte Forderungen in neuer Form, aber auch manche Neuerungen enthält, die berechnet sind, Nichtproletarier für die sozialistische Republik zu gewinnen. Eine Bekämpfung der Sozialdemokratie darf nicht mit veralteten Waffen geschehen, sondern muß gerade diese neueste parteiamtliche Kundgebung berücksichtigen. Ein Teil des Wahlprogramms findet auch den Beifall der Christlichsozialen, weil dieselben Forderungen auch in ihrem Programm zu finden sind. Was uns aber von den Sozialdemokraten trennt, soll in dieser Broschüre eine kurze, rein sachliche Besprechung finden.

Der Verfasser.

Inhalt.

	Seite
Einleitung	3
Die neue Eigentumspolitik	5—8
Bedenken gegen eine allgemeine Sozialisierung	8—15
Das neue Bauernprogramm	15—20
Der Großgrundbesitz und die Sozialdemokratie	20—25
Die neuesten Gewerbefreunde	25—28
Kirche und Schule	28—33
Die Bolschewikigefahr	33—37
Die Abrechnung mit den Christlichsozialen	37—41
Anhang: Das sozialdemokratische Wahlprogramm	41—48

Die neue Eigentumpolitik.

Die Sozialdemokraten in Deutschösterreich haben bezüglich ihrer alten Eigentumpolitik eine starke Mauferung durchgemacht. In ihrem Wahlprogramm lassen sie den Bauern und den Gewerbetreibenden ihr Eigentum und begnügen sich mit der Sozialisierung, mit der Vergesellschaftlichung der Banken, der Industriegesellschaften, der großen Betriebe und des Großgrundbesizes, deren Eigentümer mit Geld abgefertigt werden sollen. Die Kosten der Ablösung für die Banken, Bergwerke, Großbetriebe in der Industrie und im Handel sollen durch eine progressive Vermögenssteuer hereingebracht werden, „so daß die Gesamtheit der Kapitalisten bezahlen muß, was die enteigneten Kapitalisten“ bekommen. An der Verwaltung der verstaatlichten Betriebe sollen Arbeiterausschüsse mitwirken, die von den Arbeitern, Angestellten und Beamten dieser Betriebe gewählt werden. Der Gewinn soll zwischen dem Staat und den Arbeitern und Angestellten der verstaatlichten Betriebe geteilt werden. Das, was der Sozialdemokratie als Endziel vorschwebt, soll nun Wirklichkeit werden. Wir erklären im voraus, daß wir gegen eine solche Sozialisierung keine grundsätzlichen Einwendungen erheben würden, wenn wir des Nutzens für die Allgemeinheit sicher wären. Eine solche wirtschaftliche Umwälzung würde noch immer dem Privateigentum einen gewissen Spielraum lassen und nur die schädlichen Wirkungen der großkapitalistischen Entwicklung beseitigen. Ein richtiges Verhältnis zwischen Gemeineigentum und Privateigentum kann zur Lösung der sozialen Frage viel beitragen. Unsere christliche Weltanschauung kennt kein absolutes Eigentumsrecht und verlangt, daß der Gebrauch desselben mit dem Allgemeinwohl in Einklang zu bringen ist. Die Grenzen zwischen dem persönlichen und dem vergesellschaftlichten Eigentum sind der Entwicklung unterworfen. Wenn wir die Forderung der allgemeinen Sozialisierung ablehnen, so geschieht es aus dem Grunde, weil wir darin eine Maßregel erblicken, die bei den gegenwärtigen Verhältnissen der Allgemeinheit keinen Nutzen bringt, sondern nur zu einem fürchterlichen Zusammenbruch unserer

Volkswirtschaft führen würde. In dem sozialdemokratischen Wahlausruf mag diese Forderung auf die Besitzlosen eine bezaubernde Wirkung und bestridenden Reiz ausüben, doch bei näherer Betrachtung der Schwierigkeiten wird man zu dem Schlusse kommen, daß ihre Durchführung mit dem Ruin unserer Volkswirtschaft gleichbedeutend wäre.

Im vorhinein möchten wir betonen, daß auch die christlich-soziale Partei einer Sozialisierung privater Monopole, die zur Ausbeutung und zur Vorherrschaft des Großkapitals führen, nicht grundsätzlich sich ablehnend verhält. Wo die Vorbedingungen gegeben sind, wo der Kapitalismus zur höchsten Vereinigung gediehen, wo die Gewähr eines Nutzens für die Allgemeinheit vorhanden ist, wird eine Enteignung gegen Ablösung möglich und auch anzustreben sein. Doch der sozialdemokratische Wahlausruf geht weiter, er will den Anschein erwecken, daß eine sozialdemokratische Mehrheit mit einem Schlage das ganze Großkapital enteignen kann. Und gerade diese Formulierung ist eine Irreführung der Besitzlosen, eine arge Täuschung, die den Arbeitenden bereitet wird, denn im sozialdemokratischen Lager selbst herrscht über das Tempo und den Umfang der Sozialisierung eine unheilvolle Verwirrung. Neben den Anhängern einer sofortigen und allgemeinen Enteignung führen sehr vorsichtige Führer das große Wort, deren praktische Vorschläge schließlich mit denen der christlichsozialen Partei eine sehr überraschende Ähnlichkeit aufweisen. Gerade das russische Beispiel hat die Sozialdemokraten zu der größten Vorsicht gemahnt, denn die praktische Durchführung des sozialdemokratischen Programmes hat nicht bloß zu dem Rückgang der Produktion, sondern auch zu einer schweren wirtschaftlichen Notlage der Fabrikarbeiter geführt. Gerade die Arbeiterausschüsse, von denen der sozialdemokratische Wahlausruf spricht, haben in den meisten Fällen versagt, sie sind die Brutstätten der schlimmsten Korruption und einer brutalen Parteidiktatur geworden. Viele Mitglieder der Arbeiterausschüsse haben sich bereichert. Wer nicht Anhänger der herrschenden Partei, der Bolschewiki, ist, wird nicht in den Ausschuß gewählt, und wenn die Arbeiter sich nicht als willenlose Werkzeuge der Bolschewiki gebrauchen lassen, so sorgen die politischen Ortsorganisationen der Bolschewiki dafür, daß verlässliche Leute in die Fabrik eintreten, die solange wählen, bis wieder treue und verlässliche Anhänger der Bolschewiki die

Führung haben. Natürlich sind unsere Sozialdemokraten mit einer Ausrede nicht verlegen, wenn man auf das russische Fiasco hinweist. Sie erklären nämlich, daß die Voraussetzungen für die Sozialisierung nicht vorhanden waren. Nun haben aber Anhänger des Marx in Rußland das Experiment gemacht, von dem man doch verlangen muß, daß sie sich auch der Gefahren einer allgemeinen Sozialisierung bewußt waren. Ist aber nicht die Gefahr vorhanden, daß unsere Sozialdemokraten in ebenso leichtsinniger Weise ein ähnliches Experiment machen und von ihren Anhängern, denen man die Sozialisierung als etwas so einfaches und leichtes hinstellt, hierzu gedrängt werden?

Nur um einen Wahlerfolg zu sichern, verschweigt der sozialdemokratische Wahlausruf die Schwierigkeiten und die Bedenken, die gegen eine sofortige allgemeine Sozialisierung sprechen; obgleich gerade der Streit im sozialdemokratischen Lager in Deutschland sich um diese Frage dreht. Während es den Unabhängigen und den Spartakusleuten darum zu tun ist, die Sozialisierung möglichst schnell und allgemein durchzuführen und den Arbeitern Frankreichs und Englands das Beispiel eines Landes ohne Kapitalisten vor Augen führen zu wollen, machen die Mehrheitssozialisten aus ihrer Überzeugung kein Geheiß, daß eine solche soziale Revolution die Produktion herabsetzen, die Betriebe einer sachkundigen Arbeitsleitung berauben und den Ertrag der Arbeit so herabmindern würde, so daß die Arbeiter viel schlechter leben würden als heute. Wenn alle Sozialdemokraten überzeugt wären, daß die Sozialisierung sofort durchführbar und von Nutzen sei, dann müßten sie ja fieberhaft verlangen, so rasch als möglich ein Musterbeispiel einer sozialistischen Gesellschaft zu geben. Sind die Jubellieder unserer sozialdemokratischen Presse über die Bolschewiki in Rußland schon vergessen? Vielleicht deshalb, weil Lenin selbst zugestand: „Wenn wir mit der Enteignung in gleichem Tempo fortfahren würden, würden wir bestimmt eine Niederlage erleiden. Die Organisation der Produktion unter proletarischer Kontrolle ist offenkundig hinter der Expropriation des großen Kapitals zurückgeblieben.“ (Siehe Kautsky, „Die Diktatur des Proletariats“, S. 541.) übrigens hat auch ein deutschösterreichischer Sozialdemokrat einige Tage nach der Veröffentlichung des sozialdemokratischen Wahlprogrammes die schwersten Bedenken gegen eine Sozial-

fierung vorgebracht. Max Adler betont in der „Arbeiter-Zeitung“, 1. Jänner 1919, daß der Sozialismus nur durchführbar sei in einem Lande des Überflusses, des gesellschaftlichen Reichtums, und gibt zu bedenken, daß Rußland, Deutschland und Österreich in Trümmerstätten verwandelt wurden. Der Zeitpunkt sei daher ungünstig, der Sozialismus will als Spender wie ein Himmelsbote kommen, wenn er aber heute sein Programm verwirklichen will, kann er nicht sein Versprechen einlösen, daß die Menschen besser leben werden als früher, sondern muß die Opferwilligkeit aller im höchsten Grade in Anspruch nehmen. Max Adler erteilt seinen Genossen folgenden Rat: „Darum erschiene es viel dringender, das leidenschaftlich umstrittene Thema des Tempos der Sozialisierung nicht dem der Herstellung einer Einheitsfront des Sozialismus voranzustellen.“ Die Sozialdemokraten sind sich daher selbst noch nicht klar, ob sie zur Sozialisierung schreiten werden, wenn sie bei den Wahlen die Mehrheit erlangen. Um diese Frage wird noch gestritten. Daraus kann man ersehen, welches unehrliche Spiel die Sozialdemokratie treibt, wenn sie die Sozialisierung geradezu in den Mittelpunkt ihres Wahlprogrammes stellt.

Bedenken gegen eine allgemeine Sozialisierung.

Der sozialdemokratische Wahlaufruf erweckt bei den Arbeitern den Glauben, daß der Bergesellschaftlichung der Fabriken und Industriebetriebe und der Verteilung des Reingewinnes zwischen den Angestellten und dem Staate nur ein Hindernis am Wege steht, nämlich das heutige Stärkeverhältnis der Parteien. Heute müssen die Sozialdemokraten die Herrschaft im Staate mit den bösen Christlichsozialen und Deutschfreiheitlichen teilen. Die Wahlen für die Nationalversammlung sind nun in den Augen der irreführten Arbeiter das Mittel, um eine sozialistische Mehrheit zu erringen, und damit die Sozialisierung durchzusetzen. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß im sozialdemokratischen Lager selbst eine heillose Verwirrung über das Tempo und den Umfang der Sozialisierung herrscht, und daß es nur eine Augenauswischerei ist, wenn das Wahlprogramm derartige Hoffnungen bei der Ar-

beiterschaft erweckt, die der Sozialismus nicht erfüllen kann. Woher soll der Staat das Geld für die Ablösung der großkapitalistischen Produktionsmittel hernehmen? Sollen die Schulden noch größer werden? Wenn das Wahlprogramm auf die progressive Einkommensteuer verweist, so scheinen die Entdecker dieses Vorschlages wohl zu vergessen, daß nicht einmal zur Tilgung der Kriegsschulden eine solche Steuer ausreichen wird, und daß ein Staat mit so zerrütteten Finanzen wie wir, an ein solches Experiment sich nicht wagen wird, bei dem die Henne geschlachtet wird, die dem Staat die goldenen Eier in der Form von hohen Steuern legen soll. Max Adler warnt seine Leute, sich in ein so unsicheres Geschäft einzulassen, bei dem die Arbeiter noch größere Opfer bringen müssen als früher. Der Sozialismus könnte höchstens dann einen Versuch machen, wenn wir uns im Überflusse befänden und wir im Reichtum ersticken. Auf diesen Trümmern des Wirtschaftslebens ein sozialistisches Haus aufzubauen, das wäre heller Wahnsinn.

Einsichtige Sozialdemokraten verkennen auch nicht diese Schwierigkeit, selbst Kautsky und Hilferding, die doch zu den strengsten Marxisten gehören, warnen vor einer Überstürzung, da sonst dem sozialistischen Staate die Probleme über den Kopf wachsen werden. Sie wollen Schritt für Schritt vorgehen. Zuerst dort beginnen, wo der Kapitalismus zur höchsten Konzentration gekommen ist. Der Sozialist Fischer schrieb (Sozialistische Monatshefte 1904, I, 296): „Es ist klar: Der Gedanke, die ganze privatkapitalistische Produktion, dieser ungeheure Mechanismus, der aus Hunderttausenden und Millionen von Rädern und Rädchen besteht, die sich im Verlaufe von einem halben Jahrtausend ineinandergefügt haben, in wenigen Tagen oder Monaten oder Jahren übernehmen und neu organisieren wollen, das grenzt nicht an Wahnsinn, das ist Wahnsinn“. Wenn aber die Sozialisierung keine allgemeine sein soll, dann ist es unverständlich, den Arbeitern so große Versprechungen zu machen, wie es im Wahlaufzuge geschieht, obgleich man im Vorhinein weiß, daß es sich nur um Sozialisierung jener Privatmonopole, wofür auch die christlichsoziale Partei eintritt, handelt, und daß alles übrige in nebelgrauer Ferne liegt. Will aber die Sozialdemokratie nur eine teilweise und langsame Soziali-

fterung versuchen, und zum Teil die privatkapitalistische Produktion bestehen lassen, dann müßte die sozialistische Republik den Kapitalisten die Gewähr geben, um die kapitalistischen Betriebe überhaupt zu ermöglichen, und dann würde die Sozialdemokratie mit ihrem eigenen Programm in Widerspruch geraten. Von einer solchen Halbheit wollen begreiflicherweise die konsequenten Sozialisten nichts wissen, denn das würde eine teilweise Abhängigkeit der verstaatlichten Betriebe vom Großkapital zur Folge haben. Keine Industrie besteht allein, ohne wirtschaftliche Zusammenhänge mit anderen. Eine Fabrik kann keinen Tag in Betrieb sein, ohne Zufuhren von anderen Betrieben, ohne Rohstoffe und Kohle. Eine teilweise Sozialisierung kann daher aus unserer Erörterung ausgeschlossen bleiben. Die nachfolgenden Einwände richten sich somit gegen den Vorschlag einer allgemeinen Sozialisierung, wie er im sozialdemokratischen Wahlprogramm ausgesprochen ist. So bestechend und beachtenswert der Gedanke sein mag, daß die Gesamtheit, das ganze Volk der Eigentümer aller Großbetriebe, und daß das ganze Wirtschaftsleben von einer Zentrale geleitet wird, so sprechen doch die schlimmsten Bedenken gegen diesen sozialdemokratischen Vorschlag. In erster Linie bedeutet diese neue Wirtschaftsordnung eine große Gefahr für die persönliche Freiheit. Eine der wichtigsten Voraussetzungen wird die Festsetzung des Bedarfs sein müssen, um einer Anarchie in der Produktion zu begegnen. Man wird es nicht vermeiden können, daß die oberste Zentralbehörde den Bedarf auf Art und Masse der Produkte durch einen Machtspruch festsetze. Eine Uniformität im Konsum wird die nächste Folge sein. Man ließ sich im Kriege, in der Zeit der Not, den Einheitschuh, das Einheitskleid, die Einheitsküche gefallen, doch im allgemeinen beruht die persönliche Freiheit darauf, daß man selbst nach Gutdünken bestimmen kann, wie man sein Leben in Bezug auf Kost, Kleidung, Wohnung, Bildungsmittel u. s. w. einrichten will. Es ist nicht zu leugnen, daß aller intensiver Fortschritt der Kultur in dem Sonderbedürfnis einzelner seinen Anfang genommen hat. Dieser wesentliche Faktor der Kultur-entwicklung wird übersehen. Nicht jeder Luxus ist schädlich und verdammenwert. Oft ist das, was bei einzelnen als auffallende Verfeinerung des Lebens getabelt wird, alsdann nach-

geahmt, und zu einem Bedürfnisse der großen Massen geworden. Daß die Bedarfsbestimmung im sozialistischen Staate nicht leicht sein wird, hat Bebel selbst eingesehen, da er die Lösung von dem Verschwinden der eigentlichen Luxusartikel erwartet und die Befriedigung neuer Bedürfnisse von einer Entscheidung der Gesamtheit abhängig machen will. (Bebel, „Die Frau“, S. 3.) Von einer Freiheit der Bedarfsbestimmung kann aber dann keine Rede sein. Schlimmer ist aber die Freiheitsbeschränkung, die die Arbeiter auf sich nehmen müssen. Die Übertragung der sozialdemokratischen Parteiherrschaft auf jede Fabrik kann zu den schwersten Mißbräuchen führen. Überläßt man die Wahl der Arbeit jedem einzelnen, so wird alles den leichteren, angenehmeren, ehrenvolleren Beschäftigungen zuströmen. Eine Ungleichheit am Lohn wird den Ausgleich nicht herbeiführen. An die Stelle der Abhängigkeit des Arbeiter von einem Kapitalisten wird die Abhängigkeit von der Parteiregierung treten, die manchmal noch despotischer sein kann. Wenn in einer Fabrik der Anteil am Gewinn zurückgeht, dann wird ein Abströmen von derselben nicht aufzuhalten sein. Andererseits wird dort ein größerer Zudrang herrschen, wo eine günstige Konjunktur herrscht. Wird nicht dort jeder „hinausfliegen“, der den Machthabern nicht paßt? Ohne angestrengte Arbeit und größte Sparsamkeit im Verbräuche von Arbeitsmitteln gibt es kein Auskommen und keinen wirtschaftlichen Fortschritt. Auch im sozialistischen Staate dürfen Sparsamkeit und Arbeitsamkeit keine unbekannteren Begriffe sein. Ohne Zwang, ohne Beschränkung der Freiheit, ohne einen komplizierten Kontrollapparat kann es keine Sparsamkeit mit den Arbeitsmitteln geben. Ebenso wird eine bürokratische Organisation, ein Heer von Beamten notwendig sein, um die Arbeit zu regeln. Die freigewählten Arbeiterausschüsse werden an der Verwaltung der verstaatlichten Betriebe nur mitwirken. Ihnen zur Seite werden Organe stehen, die von der Allgemeinheit gewählt werden und die auf stramme Unterordnung bringen müssen. Von der Teilung des Reingewinnes erwarten wir uns keine große Belebung des Pflichtgefühles und der Sparsamkeit mit den Produktionsmitteln, um auf jede Einschränkung der persönlichen Freiheit zu verzichten. Die Summe, die bei einer solchen

Teilung auf jeden einzelnen Kopf kommt, wird zu gering sein, um das Privatinteresse so zu beeinflussen, wie es bei einer geordneten und rentablen Produktion sein soll. Es ist nur zu fürchten, daß bei einer vollkommenen Materialisierung des Denkens und Lebens der Arbeiterschaft, wie sie der sozialdemokratischen Weltanschauung entspricht, die Parole, von der sich die Arbeiterausschüsse werden leiten lassen, heißen wird „Wenig Arbeit, hohe Löhne, viel Genuß“; und daß dann der Bankrott der Sozialisierung mit einer gewissen Naturnotwendigkeit kommen wird.

Ein weiteres Bedenken gegen eine allgemeine Sozialisierung besteht in dem Mangel eines großen Apparates von Menschen, die die Fähigkeiten haben, solche Betriebe im Interesse der Allgemeinheit zu leiten und zu führen. Die Sozialdemokraten übertragen gern einzelne Züge aus dem heutigen Leben (den Einfluß der Führer, die Disziplin der Massen, den Eifer mancher Genossen für die Partei) auf den zukünftigen sozialistischen Staat, was aber vollständig verfehlt ist. Was haben die sozialistischen Führer bisher für praktische Aufgaben gelöst? Oft nur Kritik vor einer großen Menge Unzufriedener geübt. Ihre Autorität war leicht aufrecht zu erhalten. Wenn aber die Führer ihre Versprechungen einlösen, dann wird der Appell an die Einsicht, an Selbstzucht, an die Opferwilligkeit oft wirkungslos sein, so daß die Führer große Machtbefugnisse brauchen, um sich durchzusetzen. Auch in den Fabriken wird es einer festen Hand bedürfen, um möglichst alle jene Unternehmerfunktionen zu übernehmen, die für die Erhaltung und das Gedeihen des Betriebes notwendig sind. Aber in vielen Fällen wird selbst der pflichteifrigste und mit großen Vollmachten ausgestattete Beamte nicht immer den Unternehmer, der ein viel größeres persönliches Interesse hatte, ersetzen können. Gerade in jenen Produktionszweigen, wo neue Entschlüsse und Verfügungen notwendig sind, wo neue Verhältnisse sich ergeben, wird ein besoldeter Beamter nie ganz den Unternehmer ersetzen können. Nur dort, wo es nach der alten Schablone geht, wo die Regelung der Produktion in ein festes Geleise gekommen ist, sind die Voraussetzungen für die Sozialisierung gegeben. Die Zentralenwirtschaft im Kriege, die sich nur auf die Beschaffung und Verteilung

der Rohstoffe bezog, hat nur einen Vorgeschnack von dem gegeben, was uns zu teil wird, wenn der Erwerbstrieb ein Monopol einer Behörde auch bei der Produktion wird. Die Sozialdemokraten, die die eifrigsten Verteidiger der Zentralen waren, dürfen nicht sagen, daß die Fehler der Zentralen nur in das Schuldbuch des Kapitalismus geschrieben werden dürfen. Sie waren Eingriffe in die menschliche Freiheit, die sich bitter rächen mußten, wie alles, was dem Wesen der Natur Gewalt antun will.

Gegen eine allgemeine Sozialisierung spricht aber auch unsere gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Der Weltkrieg hat unsere ganze Wirtschaft zerrüttet und die Wiederaufnahme des Friedensbetriebes wird auf so große Schwierigkeiten stoßen, so daß die Sozialisten schon aus dem Grunde es sich überlegen werden, in dieser unsicheren Lage den Sprung ins Dunkle zu machen. In der Wiener „Arbeiter-Zeitung“, 11. Dezember 1918, schrieb ein reichsdeutscher Mitarbeiter: „Man darf nicht bankerotte Unternehmungen sozialisieren, sondern man muß sich vorsehen, daß man mit der Sozialisierung großen sichtbaren Nutzen erzielt. Nur dann können wir den tiefen Eingriff klugerweise machen. Wir müssen uns mehr als jemals vorher vor Schablonisierung hüten. Wir müssen begreifen, daß die Schablonisierung in der Agitation vielleicht nicht zu umgehen ist, daß sie aber bei der Verwirklichung unserer Ziele zu einer Gefahr werden kann, vor allem nach dem Kriege, der die tiefsten Erschütterungen der Volkswirtschaft zur Folge gehabt hat.“ Sogar der sozialistische Staatssekretär in Berlin August Müller erklärt, „daß die Zeit nicht reif sei für Experimente. Namentlich müsse vor einer Sozialisierung der Bodenreichtümer, so der Kohlenbergwerke, dringend gewarnt werden, weil wir damit heute nur unsern Feinden in die Hand arbeiten würden. Die Entente respektiere das Privateigentum, nehme aber jedes Staatseigentum in Anspruch. Deshalb würde eine beschleunigte Verstaatlichung der Kohlenbergwerke mehr als ein Verbrechen sein. Sie wäre eine Dummheit.“ Wenn in Deutschland die Mehrheitssozialisten selbst von einer allgemeinen Sozialisierung in dem jetzigen Zeitpunkt nichts wissen wollen, dann ist die hochtrabende Forderung unserer Sozialisten bezüglich der allgemeinen Sozialisierung wohl nicht ernst zu nehmen. Übrigens

richtet sich damit auch die Freude über den Anschluß an die „große deutsche sozialistische Volksrepublik“, deren Vertreter den Mut haben, die ungeduldbigen Arbeiter bezüglich der Sozialisierung ad kalendas graecas, somit abermals auf einen unbestimmten Zeitpunkt zu verfrösten. Was der Sozialist Fischer vor Jahren schrieb, gilt heute sowohl für Deutschland, wie auch für Deutschösterreich, eine allgemeine Sozialisierung wäre heute, wo wir ein armes Volk geworden sind, Wahnsinn. Wir brauchen zum Aufbau unserer Volkswirtschaft fremden Kredit, fremde Rohstoffe. Die Kapitalisten in Amerika und Japan werden uns aber nicht einen Dollar schicken, wenn bei einer allgemeinen Sozialisierung sie keine Gewähr für die Einlösung der Schulden besitzen. Was die Gesamtheit, der Staat an Geld aufbringt, wird kaum genügen, um die Zinsen unserer Kriegsschulden zu zahlen und um unsere zerrütteten Finanzen zu verbessern. Die ausländischen Kapitalisten werden sich aber nicht herbeilassen, um der schönen Augen sozialistischer Menschen willen uns Geld zu borgen, wenn die Produktionsmittel den Privaten weggenommen sind. Auswärtiges Geld werden nur private Gesellschaften, einzelne Unternehmer erhalten, deren bisherige Geschäftstüchtigkeit und Organisationskraft sich erwiesen hat, und die ein Unterpfand für die Kreditforderungen bieten. Die Bolschewiki in Rußland, sowie die Spartakusleute in Berlin wissen auch ganz gut, daß eine Sozialisierung, die auf ein Land beschränkt bleibt, ein Schlag ins Wasser ist, und daß ohne die soziale Revolution in allen Ländern der sozialistische Staat eine Utopie, ein schöner Traum bleibt. Daher sind auch diese Kreise bemüht, auch nach England und Frankreich ihre Ideen zu bringen. Daß in England die ertrückende Mehrheit der Arbeiterschaft von solchen Experimenten nichts wissen will, dafür spricht das Programm, mit welchem die Arbeiterschaft in die Wahlen gezogen ist. Es lautet: „Vier Pfeiler sollen das neue Haus tragen: 1. Der gesetzliche Mindestlohn (National Minimum) und das Recht auf Arbeit. 2. Demokratische Kontrolle über die Industrie. 3. Wiederaufbau des Finanzwesens. 4. Überführung des „Surplus Wealth“ (Überschuß des Reichtums) an den Staat.“ Von einer allgemeinen Sozialisierung ist dort keine Rede und die englische Arbeiterschaft ist politisch und sozial so gebildet, daß sie solchen Utopien nicht nachjagt, mit wel-

chen die deutschösterreichische Sozialdemokratie die Arbeiter für einen roten Stimmzettel gewinnen will. Daß man ein Freund und warmer Vertreter der Arbeiterinteressen sein kann, ohne in der Sozialisierung das Heil der Welt zu erblicken, dafür spricht die Haltung der englischen Arbeiterpartei.

Das neue Bauernprogramm.

Eine gewaltige Schwentung haben die Sozialdemokraten in der Bauernfrage gemacht. Während sie früher den Grund und Boden des Bauernstandes vergesellschaftlichen wollten, erklären sie jetzt in ihrem Wahlprogramm, daß sie „das Eigentum des Bauern, der seine Scholie selbst bebaut, nicht antasten wollen“. Wohl in keiner Frage hat die Sozialdemokratie ihre Vergangenheit derart verleugnet, wie in dieser. Was durch Jahrzehnte als Evangelium verlündet wurde, wird heute verleugnet. Und eine solche Umwandlung vollzieht sich in einer Partei, die in prozenthafter Weise erklärte, ihr Programm sei das Ergebnis der unanfechtbaren Wissenschaft und einer naturnotwendigen Entwicklung. Bekanntlich hatte sich Marx, der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, kurzerhand mit der Agrarfrage abgefunden, indem er seine Theorien von der kapitalistischen Entwicklung der Industrie auf die Landwirtschaft übertrug, ohne auf die tiefgehenden Unterschiede des landwirtschaftlichen und industriellen Produktionsprozesses Rücksicht zu nehmen. Das Oberhaupt der strenggläubigen Sozialdemokraten, der Obergenosse Kautsky, hat ein interessantes, mit viel Scharfsinn geschriebenes Buch über die Agrarfrage herausgegeben, das die Lehren von der zunehmenden Verdrängung der kleinen Industriebetriebe durch die großen auf die Landwirtschaft überträgt. Er behauptete, daß der Kleinbetrieb gegenüber dem Großbetrieb rückständig sei. Die Tatsachen der Statistik, die eine Zunahme der Kleinbetriebe in der Landwirtschaft zeigen, hatten in seinen Augen keinen Wert. Er entgegnete, daß der Bauer nur deshalb noch nicht vom Großbetrieb aufgesogen sei, weil er sich überarbeite und zu armseelig lebe. Eine Lösung der Agrarfrage erwartete Kautsky nur von der Zusammenlegung der Grundstücke, vom genossenschaftlichen und kommunalen Großbetriebe. Kautsky konnte daher schreiben: „Das Agrarprogramm verlangt, daß wir dem Bauern auf dem

Lande das gewähren, was wir dem Industriearbeiter in der Stadt nicht gewähren: die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz. Das Können wir nicht! Und wenn wir es könnten, würden wir das Gegenteil dessen erreichen, was wir durch den Arbeiterschutz bezwecken. Denn der Bauer fristet heute seine Existenz nur noch dadurch, daß er Weib und Kind aufs äußerste schindet, ihnen die Mittel raubt, sich zu bilden und sie körperlich herabdrückt. Die Aufrechterhaltung des Kleinbetriebes in der Landwirtschaft ist das beste Mittel, um die Bevölkerung zu degenerieren; deshalb haben wir gar keinen Grund, diese elenden Existenzen zu fristen.“ Kautsky wird den Bannstrahl über die deutschösterreichische Sozialdemokratie schleudern, wenn er liest, daß sie den Bauern die Erhaltung ihres Besitzes versprechen.

Kautsky überseh dabei, daß die landwirtschaftliche Produktion nicht ein mechanischer, wie die Industrie, sondern ein organischer Prozeß ist und daß Arbeitsteilung, Ersatz der menschlichen Arbeit durch Maschinen nur bis zu gewissen Grenzen angewendet werden können, und daß bei der Landwirtschaft die Hauptsache die Individualisierung, die persönliche Arbeit des Bauern und seiner Familie ist. Aus diesem Grunde ist der Kleinbetrieb in der Regel (Ausnahmen sollen deshalb nicht bestritten werden) in der Landwirtschaft die bessere und rentablere Betriebsform, die die Produktion erhöht, weil sie in der an die Organisation an die bäuerliche Familie sich anschließende Arbeitsteilung ein Mittel hat, das dem Großbetrieb immer versagt bleibt. Trotz dieser Tatsachen wurde an dem alten sozialistischen Dogma festgehalten, das die Bauern nur zu Pächtern des sozialistischen Staates herabdrücken will und von dem Großbetriebe die Lösung der Agrarfrage erwartet hat. Neben Marx war Engels die höchste Autorität der Sozialdemokratie. Derselbe schrieb am 12. November 1894 im „Vorwärts: „Die Entwicklung des Kapitals vernichtet unrettbar das bäuerliche Grundeigentum. Unsere Partei ist sich vollständig klar darüber, aber sie hat durchaus keinen Anlaß, diesen Prozeß durch eigenes Eingreifen zu beschleunigen. Gegen richtig gewählte Maßregeln, die den Kleinbauern den unvermeidlichen Untergang weniger schmerzhaft machen sollen, läßt sich also prinzipiell nichts einwenden; geht man weiter, will man den Kleinbauern permanent erhalten, so erstrebt man

nach meiner Ansicht ökonomisch Unmögliches, opfert das Prinzip, wird reaktionär.“ Die deutschösterreichischen Sozialdemokraten, die in ihrem Wahlprogramm dem Kleinbauern die Scholle erhalten wollen, müssen sich von Engels den Vorwurf gefallen lassen, daß sie reaktionär sind und ihre Grundsätze verraten.

Oder sollen wir noch andere Aussprüche den Sozialdemokraten in Erinnerung rufen, um zu beweisen, wie „reaktionär“ und „grundsatzlos“ sie jetzt handeln? Schrieb doch der „Vorwärts“ in Berlin am 6. Dezember 1891: „Uns kann es nicht in den Sinn kommen, den Privateigentumsbestrebungen der Bauern auf Grund und Boden irgendwie förderlich zu sein. Die Erde gehört nicht den Bauern, sondern allen Menschen; privates Eigentum an Grund und Boden ist niemand zuzubilligen.“ Oder ist vergessen, daß noch auf dem deutschen Parteitag in Graz (1900) eine Entschließung angenommen wurde, in der es hieß: „Unter den praktischen landwirtschaftlichen Reformen ist für diejenigen einzutreten, die auf eine gesellschaftliche Organisation der Erzeugung und Verteilung der Bodenprodukte abzielen, also: Vergesellschaftung von Wald und Wiese“? Und der deutschösterreichische Führer Dr. Ellenbogen leistete sich den Ausspruch in einer Wiener Versammlung am 3. November 1895: „Der Bauer wird ebenso ruiniert und proletarisiert, wie der industrielle Arbeiter. Es handelt sich darum, die Persönlichkeit des Bauern zu schützen, nicht seinen Besitz aufrecht erhalten zu wollen.“ (Abgedruckt in der „Arbeiterzeitung“ vom 24. Februar 1907.) Derselbe Dr. Ellenbogen wird aber heute, wenn er als Wahlwerber austritt, anders sprechen müssen, als vor elf Jahren, um nicht mit seinem Wahlprogramm in Widerspruch zu kommen.

Dieses vollständige Umsatteln der Sozialdemokraten in der Agrarfrage muß doch einen Grund haben. Die Überzeugung, daß ihre großen Lehrmeister und Propheten, wie Marx, Engels und Kautsky, sich in einer so wichtigen Frage gründlich getäuscht haben, kann nicht ausschlaggebend gewesen sein, denn sie hatten schon früher Gelegenheit, ihren Irrtum einzusehen. Wir glauben in der Annahme nicht fehlzugehen, daß die deutschösterreichische Sozialdemokratie nur deshalb eine andere Fahne aushängt, um bei diesen Wahlen auch

Bauernstimmen zu erhalten. Sie wissen zu gut, daß sie ohne die Bauern niemals Deutschösterreich zu einer sozialistischen Republik machen können, die auf der Grundlage der Demokratie aufgebaut ist. Es wäre möglich, mit Hilfe der Gewalt eine Diktatur der Arbeiterklasse zu errichten, bei der eine Minderheit über die Mehrheit herrscht, wie es in Rußland der Fall ist. Doch dieser sozialistische Anschauungsunterricht ist nicht geeignet, große Sympathien für die sozialdemokratische Bewegung hervorzurufen. Gerade Rußland hat gezeigt, daß der Bauer von einer kollektiven Landwirtschaft nichts wissen will, und daß sein Streben nach dem vollen Privateigentum an seinen Produktionsmitteln dort den Sieg davonträgt. Kautsky (siehe seine Schrift „Die Diktatur des Proletariats“, 1918) verspottet die Regierungssozialisten in Deutschland, die ein Agrarprogramm suchen, um die Bauern für den sozialistischen Staat zu gewinnen. Nach seiner Ansicht hängt aber der Sieg des Sozialismus nur von einer Zunahme der landwirtschaftlichen Großbetriebe und von der Verlegung der Industriebetriebe auf das flache Land ab, und von einer stärkeren Bevölkerungszunahme in den Städten und Industrieorten. Die deutschösterreichischen Sozialdemokraten kümmern sich aber nicht um diesen Spott. Ihnen sind einige Mandate, die sie mit Hilfe irreführender Kleinbauern zu erobern hoffen, lieber, als das Festhalten an dem alten sozialistischen Prinzip von der allgemeinen Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden.

Die Liebe zum Bauernstand mag schwerlich den Anstoß zu dieser grundstürzenden Programmänderung gegeben haben, denn aus ihrer Abneigung gegen die landwirtschaftliche Bevölkerung haben die Obergesossen niemals ein Hehl gemacht und sich auch während des Krieges kein Blatt vor den Mund gelegt. In einer Rede in Paris führte der alte Liebknecht, der Vater des jetzigen Führers der Spartakusleute, aus (S. „Der Sozialdemokrat“, 1880, Nr. 23): „Wer ist bisher unser gefährlichster Gegner gewesen? Das zähe Festhalten des Bauern an seinem Eigentum, das war die Schranke, an welcher das rasche Wachstum der Sozialdemokratie schließlich hätte zum Stillstand kommen müssen. Das amerikanische Getreide beseitigt diese Schranke, es expropriert den Bauern, es stößt ihn in das Proletariat hinab . . . Jeder, dem es ernst

ist um eine wahrhaft revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft, muß das amerikanische Getreide für eine revolutionäre Gewalt erklären, welche zur Revolutionierung des Volkes mehr beiträgt als alle Sardinienbüchsen mit Dynamit. Der wissenschaftliche Sozialismus sieht daher in der amerikanischen Konkurrenz eine der besten Bürgschaften eines baldigen Erfolges.“ Die Spekulation auf das amerikanische Getreide, das den Ruin unseres Bauernstandes herbeiführen sollte, hat sich nicht erfüllt. Die große Agrarkrise schlug zwar dem deutschen Bauernstand schwere Wunden, doch schließlich hat er sich lebenskräftiger erwiesen, als wie der rote Dr. Eisenbart voraussagte. Dem Hass gegen das Bauerntum hatte auch Bebel auf dem Parteitage in München (s. Protokoll, S. 225) offen Ausdruck gegeben, als er sich in seiner Rede folgende Schimpferei leistete: „Es bewahrheitet (!) sich also hier wieder einmal, daß es keine egoistischere, rücksichtslosere, brutalere, aber auch horniertere Klasse gibt, als unsere Agrarier.“ Und derselbe Bebel sagte am 27. August 1897 im deutschen Reichstage: „Es gibt keinen gemeineren und niederträchtigeren Arbeiterschinder als den Bauern.“ Wenn die Sozialdemokraten in der Wahlbewegung sich als Bauernfreunde einführen wollen, so wird sich empfehlen, sich ihres Verhaltens während des Krieges zu erinnern. So schrieb die „Arbeiterzeitung“ (vom 5. Mai 1915): „Der Staat hat den Agrariern alle Wünsche erfüllt, die Landwirtschaft aber hat alle Erwartungen enttäuscht, und die Opfer waren vergebens.“ Tatsächlich hat aber nicht der Bauernstand im Kriege versagt, sondern die von der Sozialdemokratie geförderte Zentralenwirtschaft und deren jüdischen Söldlinge. Und ist es nicht eine schwere Ungerechtigkeit, die unserem Bauernstand angetan wurde, wenn Dr. Ellenbogen auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Wien vom 19. bis 24. Oktober 1917 sagte: „Mit einem Worte: kein Stand, keine Person, kein einzelnes Individuum hat eine solche schamlose Raub- und Raubgier, eine solche eintmenschte Gefühllosigkeit und Hartherzigkeit, eine solche Staatsfeindlichkeit gegen die sterbenden Kinder, gegen die hungernden Mütter bewiesen wie die Agrarier.“ Mag das Verhalten einzelner Bauern im Kriege zu einer scharfen Kritik herausfordern, doch in dieser Verallgemeinerung und in dieser krassen Form ist es ein schwerer Schimpf und eine schreiende Ungerechtigkeit, die durch diese Rede dem Bauernstand zuteil wurde. Die Raff-

und Raubgier ist bei anderen Leuten zu suchen. Diese wenigen Belege aus der Zeit vor und während des Krieges kennzeichnen am besten das „warme Herz“ der Sozialdemokratie für den Bauernstand und für dessen freie Arbeit auf der heimatischen Scholle. Wenn die antisozialdemokratischen Parteien für die entsprechende Aufklärung Sorge tragen, dann ist nicht zu zweifeln, daß die sozialdemokratische Landagitation mit einem vollen Mißerfolg enden wird und daß die Bauern den sozialdemokratischen Agitatoren eine Abjage zuteil werden lassen, wenn man ihnen zumutet, für eine sozialistische Republik Zureiberdienste zu leisten.

Der Großgrundbesitz und die Sozialdemokratie.

Das sozialdemokratische Wahlprogramm verspricht den Wählern, das der Großgrundbesitz dem Volke wiedergegeben und Eigentum der Gesamtheit werden soll. „Der enteignete Großgrundbesitz soll in solcher Weise verwaltet werden, wie der Boden nur im Großbetriebe zweckmäßig bewirtschaftet werden kann. Wo das aber nicht der Fall ist, wo der Kleinbetrieb größeren Ertrag verspricht, sollen auf dem Boden, der bisher dem Adel, der Kirche, den Kapitalisten gehört hat, Kleinbauer und Landarbeiter angesiedelt werden.“ Bezüglich des Großgrundbesitzes ist die Sozialdemokratie ihrem alten Programm treu geblieben. Sie läßt ein Privateigentum an diesem Besitz nicht zu, auch die Kleinen Bauern und Landarbeiter werden nicht Eigentümer dieses ihnen aus dem Großgrundbesitz zugewiesenen Bodens, sondern nur Pächter der sozialistischen Republik. Während sich der Wahlauftritt wohlweislich gehütet hat, den Grund und Boden, den der Bauer heute besitzt, anzutasten, und ihn als Staatseigentum zu erklären, ist die Forderung der Beschlagnahme des Großgrundbesitzes für den Wählerfang ohne jedes Risiko, denn die Zahl der Besitzer des Großgrundbesitzes ist sehr gering, und außerdem der Landhunger der Besitzlosen sehr groß. Zwischen dem christlichsozialen und sozialdemokratischen Programm ist in dieser Frage ein großer Unterschied. Während ersteres nur die Enteignung des *v o l k s w i r t s c h a f t s c h ä d l i c h e n* Großgrundbesitzes gegen Ablösung verlangt, und jenen,

dessen Betrieb noch von dessen Besitzer übersehen, geleitet und intensiv bewirtschaftet werden kann, im Privatbesitz lassen will, wollen die Sozialdemokraten jeden Großgrundbesitz konfiszieren. Auch in der Verwendung des enteigneten Besitzes ist ein Unterschied. Während die Christlichsozialen den Kleinbauer und den Landarbeiter bei der Aufteilung in die Lage versetzen, entweder sofort oder allmählich (Rentengüter) zu einem Privateigentum an Grund und Boden zu kommen, spricht das sozialdemokratische Programm nur von einer Ansiedlung und erklärt das aufgeteilte Land als Gesamteigentum.

In dieser Hinsicht handeln die Sozialdemokraten folgerichtig. Das entspricht ihrem eigentlichen Agrarprogramm, das sie in derselben Umgebung verleugnet haben. Mit vollem Rechte konnte der „Vorwärts“ (6. Dezember 1891, Nr. 286) schreiben: „Uns kann es nicht in den Sinn kommen, den Privateigentumsbestrebungen der Bauern auf Grund und Boden irgendwie förderlich zu sein. Die Erde gehört nicht den Bauern, sondern allen Menschen; privates Eigentum an Grund und Boden ist niemand zuzubilligen.“ Ob die auf den enteigneten Großgrundbesitz angesiedelten Landarbeiter zufrieden sein werden, wenn sie nicht Privateigentümer des Bodens, sondern nur Pächter der sozialdemokratischen Republik werden, und vielleicht von solchen Leuten kommandiert werden, die im Kriege bei der Kriegsgetreidegesellschaft oder anderen Zentralen eine große Rolle gespielt haben, möchten wir mit Recht bezweifeln. Die Mehrzahl der sozialistischen Führer hat dafür Stimmung gemacht, daß ein Teil des Großgrundbesitzes in Staatseigentum übergehen und in kleine Güter verteilt werden soll, die von den Landarbeitern und Kleinbauern in Pacht genommen werden. Die Bearbeitung des Bodens und Verwertung der Produkte sollte sich in genossenschaftlichen Formen vollziehen, wobei ein gewisser Zwang nicht zu entbehren ist. Von dieser genossenschaftlichen Bodenbewirtschaftung hat man sich aus durchsichtigen Gründen im Wahlaufrufe ausgesprochen, denn nach den Erfahrungen im Kriege mit der zentralen Bewirtschaftung, hat die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung am eigenen Leibe die Segnungen einer solchen Sozialisierung der Volkswirtschaft zur Genüge verspürt. Man hat vielfach um einen Spottpreis die

eigenen Erzeugnisse an die Zentralen abgeben müssen, und für Abfallsprodukte von letzteren um einen mehrfachen Betrag beziehen müssen. Man hat hilflos zuzuschauen müssen, wie durch diese Wirtschaft die mit Gewalt abgenommenen Produkte in großen Mengen wegen unrichtiger Einlagerung und Aufbewahrung zugrunde gegangen sind. Das alles mag die Sozialdemokratie bewogen haben, das Programm von dem genossenschaftlichen Betriebe tief in die Rocktasche zu stecken.

Den besten Aufschluß, wie der Sozialismus die Grundbesitzfrage gelöst hat, gibt uns Rußland. Kautsky (Die Diktatur des Proletariates, 1918, S. 17) muß nach den russischen Erfahrungen zugeben, daß „der Kleinbetrieb trachtet, wo er nur kann, nach dem vollen Privateigentum an seinen Produktionsmitteln. Diesen Charakter hat er bisher noch überall gezeigt und der russische Bauer macht keine Ausnahme trotz der Traditionen des Dorfkommunismus.“ Auch bei uns werden die Kleinbauern und Landarbeiter sich mit der Rolle eines Pächters nicht begnügen und noch weniger Sinn für die sozialdemokratische Erklärung ihres Grundes als „Eigentum der Gesamtheit“ haben. Wenn der Bauer nicht frei über seine Produkte verfügen kann, sondern ihm der Überschuß über das zur Deckung seiner Bedürfnisse Erforderliche hinaus genommen wird, dann schränkt er, wie Kautsky sagt, „seine Produktion auf das unerlässliche Mindestmaß ein“ und dann geht die Landwirtschaft zugrunde. Das Privateigentum an Grund und Boden aber weiterbestehen lassen oder den Kreis der Privatbesitze noch zu vergrößern und andererseits die in diesem Betriebe erzielten Überschüsse regelmäßig mit Beschlagnahme zu wollen, wie es einige sozialistische Agrarpolitiker vorschlugen, das ist in den Augen Kautskys der Ruin der Landwirtschaft. Die Erfahrungen im Krieg sprechen auch zu seinen Gunsten. Jetzt wird es begreiflich, warum die Sozialdemokraten so begeisterte Förderer der gemeinsamen Bodenbestellung, der zentralen Bewirtschaftung und der gewaltsamen Beschlagnahme aller Überschüsse der Landwirtschaft waren. Auf diesem Wege wollte man ein Beispiel zeigen, wie der Staat sich der gesamten Produktion bemächtigen kann. Diese Notstandsmaßregel hat aber in ihren Wirkungen ausgereicht, um allgemein die Überzeugung zu wecken, daß Privateigentum an Grund und Boden mit der Beschlagnahme der landwirtschaftlichen Über-

schüsse nicht zu vereinbaren ist. Der russische Bauer ist heute der fanatische Verteidiger des Privateigentums. Nicht durch gemeinsame Bodenbestellung (kollektiven oder genossenschaftlichen Betrieb) wollen sie ihre Lage verbessern, sondern durch Vermehrung ihres Bodenanteils, also ihres Privateigentums. Kautsky schreibt (S. 50): „Die Eier nach Land, die den Bauern immer kennzeichnet, sie wird jetzt nach der Zertrümmerung der großen Güter zur stärksten Stütze des Privateigentums“. Damit werden aber auch der Kleinbauer und der Landarbeiter „die zuverlässigste Schutztruppe der Besitzenden“ und die heftigsten Gegner der Sozialdemokratie. Das Privateigentum untergräbt das Interesse der Bauern an der sozialen Revolution. Die deutschösterreichische Sozialdemokratie wird mit der bloßen Ansiedlung der Kleinbauern und Landarbeiter auf den Gütern der Großgrundbesitzer kein Glück haben. Sie wird nach den Erfahrungen in Russland den Entwicklungsprozeß und die Umwandlung des Pachtlandes in das Privateigentum nicht aufhalten können, außer sie greift zu Zwangsmaßregeln, die den sicheren Ruin der Landwirtschaft zur Folge haben werden.

Daß ein Unterschied gemacht werden muß zwischen einem Großgrundbesitz, dessen Großbetrieb nicht aufgelassen werden kann, ohne die Produktion herabzusetzen und die Allgemeinheit zu schädigen, und dem volkswirtschaftlich schädlichen, geben auch wir zu, und unser Programm hat auch diesem Umstande insofern Rechnung getragen, als es die Enteignung des letzteren verlangt. Zu dem letzteren rechnen wir vor allem jene mit extensiver Bewirtschaftung, somit alle Großbetriebe, die arbeits- und kapitalsschwach arbeiten und deren Ergiebigkeit mit der Anbaufläche in keinem Verhältnisse stehen. Für Ansiedlungen sind diese Betriebe ganz besonders geeignet, weil die in Gebäuden und Betriebsmitteln angelegten Werte sehr gering sind. Aber auch hier wird man mit Vorsicht vorgehen, um nicht den Ansiedlern zu große Enttäuschungen zu bereiten. Zu einem bäuerlichen Kleinbetrieb gehört nicht bloß der nackte Boden, sondern auch die Wohnstätte, das unbedingt erforderliche Vieh, die Geräte, und nicht zuletzt Kenntnisse, Erfahrungen und Arbeitslust. Wenn so mancher Kleinbetrieb versagt, so ist oft der Mangel an landwirtschaftlichem Unterricht daran schuld. Viele kennen auch heute noch keine Düngdüngung, sie haben

eine unrationelle Fruchtfolge, schlechtes Saatgut. Die bäuerliche Fortbildung muß auf neue Grundlagen gestellt werden, wie es das christlichsoziale Programm verlangt. Der Großgrundbesitz mit intensiver oder gar industrieller Bewirtschaftung wird sich aber für die Aufteilung nur in seltenen Fällen eignen, denn die vorhandenen Gebäudewerte sowie die maschinellen Betriebsmittel würden fast völlig entwertet sein, wodurch der Boden, der zur Ansiedlung kommt, zu stark belastet werden müßte. Hier könnten nur jene Teile des Besitzes und jene Ländereien in Betracht kommen, die für die große Bewirtschaftung ungünstig liegen. Die Großbetriebe mit industrieller Bewirtschaftung (Mast-, Zuckerrübenwirtschaften, Brennereien, Gemüsetrocknungsanlagen u. s. w.), die die selbsterzeugten Produkte in eigenen Industrien veredeln, würden gleichfalls für die Aufteilung nicht immer in Betracht kommen. In diesen beiden Betrieben fehlen vielfach die Voraussetzungen für die Kleinbewirtschaftung, um in ähnlicher Weise intensiv zu arbeiten. Die großen Dampf- und Motorpflüge, Mähmaschinen, Erdäpfelausgrabungsmaschinen u. s. w. eignen sich für einen großen Besitz mit gewaltigen Feldertafeln. Die Anhänger des intensiven Großbetriebes verweisen auch darauf, daß in diesem Arbeitskräfte erspart werden und daß die Abnutzung an Gebäuden und beweglichem Betriebsinventar bei kleinen Wirtschaften relativ größer sei, als im Großbetrieb. Wo er sich als die höher entwickelte und mehr leistende Betriebsform erweist, und wo der Besitzer selbst die intensive Bewirtschaftung übersehen und leiten kann, dort wird von einer Enteignung abgesehen werden können. In einem höheren Maße gilt das von dem Forstbetrieb. Der forstliche Kleinbesitz hat sicher in den Fällen und in dem Ausmaß eine Berechtigung, als der Wald die Bedürfnisse des Bauern deckt. Der Vorteil des Großwaldbesitzes ist unbestritten. Einer Verländerung der forstlichen Großbetriebe würden wir dort das Wort reden, wo er gegen Raubbau geschützt werden muß und der Besitzer keine Gewähr für eine wissenschaftlich geregelte Forstwirtschaft gibt. Gegen eine Verstaatlichung aller landwirtschaftlichen Großbetriebe, die sich nicht für die Aufteilung eignen, sprechen aber schwerwiegende Gründe. Eine solche Maßregel würde ein Heer von landwirtschaftlichen Staatsbeamten zur Folge haben, denen die persönliche Verantwortung und das Interesse fehlt, um aus dem Boden den größten Nutzen zu

ziehen. Die bisherigen Erfahrungen mit staatlich bewirtschaftetem Großgrundbesitz sprechen gegen den sozialdemokratischen Vorschlag. Vielfach ist man bei Staatsdomänen zur Verpachtung übergegangen, da die Selbstbewirtschaftung durch den Staat sich als unpraktisch und unrentabel erwiesen hat.

Das sozialdemokratische Wahlprogramm enthält daher keineswegs eine Lösung der Großgrundbesitzfrage, sondern führt zu einer schweren Erschütterung des Wirtschaftslebens. Die kleinen Bauern und Landarbeiter haben aber am allerwenigsten Ursache, von der Sozialdemokratie die Rettung und Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz zu erwarten, denn die sozialistische Republik würde ihnen das Privateigentum an dem Besitz streitig machen und sie zwingen, den gemeinsamen Betrieb in genossenschaftlicher Weise einzuführen, wobei sie unter die Vormundschaft sozialistischer Machthaber gestellt würden, die ihnen vorschreiben, was und wie sie anzubauen haben. Mit der Freiheit und Selbständigkeit, die gerade der landwirtschaftliche Beruf für sich verlangt, wird aber dieses Hineinregieren in die Wirtschaft sich nicht vertragen. Wir behaupten daher nicht zuviel, wenn wir sagen, daß das sozialdemokratische Wahlprogramm in der Agrarfrage gänzlich versagt und auch in dieser neuen Einkleidung nur zu deutlich verrät, daß die Agrarfrage auch weiterhin ihr Sorgenkind bleiben wird. Kessel hat den Nagel auf den Kopf getroffen, als er auf dem Grazer Parteitag 1900 (sief Protokoll S. 121) die Aufstellung eines Agrarprogramms für verfrüht hielt, solange nicht die Frage entschieden ist, ob „es prinzipiell zulässig ist, den bäuerlichen Besitz zu erhalten“. Kautsky, der strenge Dogmatiker der Sozialdemokratie, hält es nicht für zulässig, daher würde die Sozialdemokratie besser tun, von der Aufstellung von Programmen, die zu den schwersten Widersprüchen führen, abzusehen.

Die neuesten Gewerbefreunde.

Wie jetzt die roten Weltverbesserer auf einmal ihr Herz für unsere deutschen Bauern entdeckt haben und das Land durchziehen, um Bauernstimmen für die Wahlen zu gewinnen, so umschmeicheln sie auch jetzt die Gewerbetreibenden, indem sie in ihrem Wahlprogramm versichern, daß sie „das Eigentum des Handwerksmeisters, der seine Werkzeuge selbst ge-

braucht, nicht antasten wollen". Auch diese Freundschaft steht im krassen Widerspruche mit dem sozialistischen Programm und mit dem bisherigen Verhalten der Partei gegenüber dem Gewerbestande. Wenn es Angehörige des Mittelstandes geben soll, die diesen Lockrufen Folge leisten wollen, so werden ihnen vielleicht nachstehende sozialdemokratische Auslassungen die Augen öffnen. Im Schuhmacher-Fachblatt des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Bock (Gotha) war am 26. April 1903 zu lesen: „Uns als Arbeiter kann der Untergang des sogenannten Mittelstandes gleichgültig sein, im Gegenteil, je eher er verschwindet, desto besser ist es, denn derselbe ist der größte Hemmschuh in ökonomischer, sozialer, gewerkschaftlicher und politischer Bewegung, überall tritt er uns hindernd in den Weg, und darum können wir dessen Untergang nicht früh genug herbeiwünschen.“ Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ledebour erklärte in einer Berliner Versammlung: „Die Sozialdemokratie hat mit den Mittelstandsparteien absolut nichts gemein und wird sich niemals dazu hergeben, die Interessen des Mittelstandes, das heißt der Handwerker, Ladenbesitzer, kleinen Industriellen u. s. w., zu vertreten, da auch diese nur zu der Klasse der Ausbeuter gehören. Die Sozialdemokratie ist nicht dazu da, die in ihrer Existenz bedrohten kleinen Gewerbetreibenden zu schützen oder zu stützen, sondern es liegt nur in der Absicht der Sozialdemokratie, daß diese Elemente ihre Selbständigkeit aufgeben; auf irgendwelche Hilfe hat der Mittelstand seitens der Sozialdemokratie nicht zu hoffen, sondern es wird gerade das Bestreben der Sozialdemokratie sein, solche Basare, Großindustrien u. s. w. im Kampfe gegen den Mittelstand zu unterstützen.“ Die „Sächs. Arbeiterzeitung“ sagte im Juli 1890: „Wir werden immer und überall bestrebt sein, den Untergang des Kleingewerbes zu beschleunigen.“ Engels schrieb im Mai 1890: „Wenn aber das Kapital die kleinen Handwerker und Kaufleute vernichtet, so tut es ein gutes Werk.“ Karl Kautsky sagt in seiner Schrift „Die soziale Revolution“ (Berlin, 1907, II. T.): „Sollten am Tage nach der sozialen Revolution noch immer Kleingewerbetreibende vorhanden sein, so werden sie so schnell wie möglich expropriert und beseitigt werden. Das nächste ist: eine Unterstüßung der Streikluft der Arbeiter von

Staats wegen! Genügt das noch nicht, so wird die Vermögens- und Einkommensteuer so hoch geschraubt, daß sie der Konfiskation gleichkommt."

Zu diesen Aussprüchen wären die Führer nie gekommen, wenn nicht der Sozialismus auf der „wissenschaftlichen“ Grundlage aufgebaut wäre, daß die kleineren und mittleren Betriebe zugunsten des Großbetriebes verschwinden müssen. In den Augen der Sozialdemokraten ist das Handwerk eine veraltete Produktionsform, die nicht erhalten werden kann, da sich das Rad der wirtschaftlichen Entwicklung nicht zurückdrehen läßt. Ohne Auffaugung des Handwerkers und des Kleinhändlers durch das Großkapital ist der sozialistische Staat unmöglich. Der Weg zur sozialistischen Republik führt über die Leichen des Mittelstandes. Daher haben auch die sozialdemokratischen Vertreter im Parlament gegen alle Gesetze gesprochen und gestimmt, die den Gewerbeschutz betreffen. Auf dem Wiener Parteitag 1903 (S. 47) führte der Bericht der Parlamentsfraktion bittere Klage „über die kniffige und boschafte Krämerseelelnatur der kleinbürgerlichen Abgeordneten“, weil sie die Gewerbeordnung und das Hausiergesetz zugunsten des Gewerbebestandes abändern wollten. Gelegentlich der Debatte über die Gewerbeform jagte Abg. Eidersch (Stenogr. Protokoll des österr. Abgeordnetenhauses, 9. März 1905): „Wir sind überzeugt, daß die Rettung des Kleingewerbes auf diesem Wege (Gewerbeform) nicht gelingen kann“. Wenn es auch darüber keinen Streit mehr gibt, daß es Industriezweige gibt, wo die technischen Vorzüge des Großbetriebes vom Kleinbetriebe niemals erreicht werden können, so ist es doch falsch, zu behaupten, daß das Kleingewerbe im allgemeinen keine Daseinsberechtigung mehr hat. Die statistischen Zählungen der Betriebe in den Friedensjahren haben selbst in dem industriellen Deutschland ergeben, daß in einem ganzen Vierteljahrhundert modernster kapitalistischer Entwicklung die kleinen und mittleren Betriebe sich nicht nur neben dem Großbetriebe gehalten, sondern auch noch sich selbst vermehrt haben. Die sozialistische Wissenschaft hat sich bei der Landwirtschaft gewaltig geirrt, ebenso auch mit ihrer Behauptung vom naturnotwendigen Untergange der kleinen und mittleren Gewerbebetriebe zugunsten des Großbetriebes. Sowohl die genossenschaftliche Organisation des Handwerks, wie die Ausnützung einer billigen elektrischen Kraft, die

Gewerbeförderungsaktionen des Staates und der Länder sichern dem gewerblichen Kleinbetriebe noch weit günstigere Ausichten für die Zukunft. Es ist nur notwendig, daß in der Übergangswirtschaft unser Handwerk Arbeit, Rohstoffe und billigen Kredit so rasch als möglich erhält. Von der Sozialdemokratie hat aber der Gewerbestand keine Hilfe zu erwarten. Sie stehen auf demselben Standpunkte wie ihre Vorläufer, die Liberalen, und erblicken in den gewerblichen Kleinbetrieben unzeitgemäße Betriebsformen, die nicht gehalten werden und nicht genug rasch verschwinden können. Wenn der sozialdemokratische Wahlausruf großmütig versichert, daß das Eigentum des Handwerkers nicht angetastet werden soll, so haben wir wohl nicht die geringste Gewähr, daß dieses feierliche Versprechen in der sozialistischen Republik eingehalten wird, die doch nur ein Interesse an dem raschen Untergange des Kleinbetriebes hat. Wenn Gewerbetreibende so töricht sind, mit dem Stimmzettel in der Hand die Errichtung einer sozialistischen Republik zu beschleunigen, so spielen sie die traurige Rolle des eigenen Totengräbers.

Kirche und Schule.

Das sozialdemokratische Wahlprogramm verlangt die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche. Zugleich wird versichert, daß „es dem Gläubigen unverwehrt bleiben soll, nach den Lehren seiner Religion zu leben“ und daß „die Macht der Kirche ungeschmälert bleiben soll, soweit sie auf ihrem Einfluß auf die Gläubigen beruht“. Wenn es der Sozialdemokratie nur darum zu tun ist, einen staatlichen Zwang auf die Ungläubigen in der Ausübung einer bestimmten Religion auszuschalten, so würde sie auch den Beifall der Gläubigen finden. Die Gewissensfreiheit der Ungläubigen ist heute nicht bedroht, die konfessionslosen roten Führer wissen am besten, daß sie keinem religiösen Zwang unterworfen sind. Es steht eine ganz andere Frage auf der Tagesordnung, die jetzt alle Kreise am meisten interessiert, nämlich die über das zukünftige Verhältnis zwischen Staat und Kirche und Schule und Kirche, und darauf gibt der sozialdemokratische Wahlausruf eine Antwort, die die religiös Gesinnten, mögen sie nun Katholiken, Protestanten oder Juden sein, durchaus nicht befriedigen kann. Wenn eine sozialistische Mehrheit be-

rufen sein soll, dieses Verhältnis zu regeln, dann wird die Entscheidung zu Ungunsten der Gläubigen ausfallen, denn die sozialdemokratische Partei ist eine kirchenfeindliche, die nicht das geringste Verständnis für Religion und Kirche bisher gezeigt hat. Von den Sozialisten können wir nicht erwarten, daß sie sich in die religiösen Bedürfnisse des Volkes hineinleben und ihre Kultuspolitik danach einrichten. Die Gläubigen müssen verlangen, daß jede Neuregelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat in schonender Form und nicht in einem religionsfeindlichen Geiste erfolgt. Die Erfüllung dieses Verlangens können wir aber nur von einer politischen Partei erwarten, die ein gewisses Verständnis für die Rolle der Religion im Leben unseres Volkes besitzt.

Ein solches Verständnis ist bei den Sozialdemokraten nicht zu erwarten. Ein Teil ist religionsfeindlich. Er glaubt, daß mit dem sozialistischen Staate auch die Religion verschwinden werde und daß man an dem Verschwinden der letzteren interessiert sei, um das Zustandekommen des ersteren zu beschleunigen. Hatte doch Marx die religiösen Anschauungen als ein Hirngespinnst (Ideologie) bezeichnet, das mit der Umwälzung der Verhältnisse von selbst verschwinden werde. Der alte Liebknecht sagte auf dem Parteitage zu Halle (Protokoll 176): „Der Religion können wir bloß dadurch zu Leibe gehen, daß wir die Religion des einzelnen ruhig Religion sein lassen, ihm aber Wissen beizubringen suchen. Die Schule muß gegen die Kirche mobilisiert werden, der Schulmeister gegen die Pfaffen, richtige Erziehung beseitigt die Religion.“ Der Ansicht, daß durch „Aufklärung“ mit Hilfe der Bücher der materialistischen Schriftsteller der Glaube zerstört werden kann, huldigen auch heute noch die meisten Sozialdemokraten. Aus diesem Grunde schrieb der Grazer „Arbeiterwille“, als er für Haedels Welträtzel die Reklametrommel rührte: „Proletarier, kauft euch diese Bibel der modernen Weltanschauung. Ih: werdet sein wie Gott, und kein Flammenschwert wird euch aus diesem Paradiese stürzen können.“ Bebel hatte von diesem Standpunkte ganz recht, wenn er in seiner Broschüre „Christentum und Sozialismus“, S. 16, schrieb: „Christentum und Sozialdemokratie stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser“, und wenn Genosse Losinski in den „Sozialistischen Monatsheften“ (Band I [130] 1902) ausrufen konnte: „Der end-

gültige Sieg des Sozialismus wird nur möglich sein durch die endgültige Überwindung des Christentums.“ Ein Teil der Sozialdemokraten schwärmt für eine neue Religion, er erkennt es an, daß das religiöse Bedürfnis aus dem Menschen nicht leicht zu verdrängen ist. Wissenschaft, Kunst und Natur sollen die alte Religion ersetzen, und sie sprechen jeder Persönlichkeit das Recht zu, sich eine Privatreligion zurecht zu stuzen. Von dieser Seite wird gänzlich verkannt, daß die Religion gemeinschaftsbildend und kirchenbildend ist. Die Mehrzahl der Sozialdemokraten nimmt ihre Zuflucht zu dem Schlagworte „Religion ist Privatsache“, um bei der Agitation nicht auf den Widerspruch jener Leute zu stoßen, die noch christlich denken. Der sozialdemokratische Abg. Bollmar hat auf dem Parteitag zu Frankfurt a. M. 1894 (Protokoll S. 146) offen zugestanden: „Mit der vielfach betriebenen Zweideutigkeit, die Religion als Privatsache zu bezeichnen und dabei die Prinzipien niedrigster und albernster Pfaffenfresserei und Kulturpaukerei zu treiben, muß entschieden ausgeräumt werden.“ Diese Mahnung ist fruchtlos geblieben. Die sozialdemokratische Presse verhöhnt die Glaubenswahrheiten der Kirche, ihre Festartikel zu den hohen kirchlichen Festen wie Weihnachten und Ostern sind oft Schmähungen des Christentums, und welche Unuldbsamkeit gegen gläubige Arbeiter in den Fabriken, wo die Sozialdemokraten in der Mehrheit sind, geübt wird, und welche Angriffe letztere auf ihre Gläubigkeit sie sich gefallen lassen müssen, ist zur Genüge bekannt. Eine gute Lösung der kulturpolitischen Frage ist daher von dieser Partei nicht zu erwarten und mag sie noch so schöne Worte in ihrem Wahlprogramm über Glaubens- und Gewissensfreiheit finden.

Was die Sozialdemokratie nicht begreift, ist, daß die Religion eine unentbehrliche Rolle im Leben der großen Gemeinschaft, des Staates, spielt, daß die Religion nicht bloß Privatsache ist, sondern gemeinschaftsbildend, kirchenbildend ist, daß der Staat ein Interesse hat, in ein gutes Verhältnis zur Kirche zu kommen. Weil ihr dieses Verständnis fehlt, wird sie eine Trennung anstreben, die nicht der Kirche gibt, was der Kirche ist, sondern der Kirche schädlich ist. Aus diesem Grunde hat auch unsere sozialdemokratische Presse mit Jubel das kirchenfeindliche Trennungsgesetz in Frankreich, wofür auch die Sozialdemokraten gestimmt haben, begrüßt, das nicht eine

Freiheit, sondern eine Bedrückung der Kirche gebracht hat. Übrigens hat der „Vorwärts“ (10. Dezember 1908) offen eingestanden, daß die Trennung nur die Mindestforderung der Sozialdemokratie ist und daß sie keineswegs für das amerikanische Beispiel, das der Kirche eine große Freiheit gewährt, begeistert ist. Er schrieb nämlich: „Die Sozialdemokratie in allen Ländern hat in ihrem Programm die Forderung der Trennung der Kirche vom Staat sowie der Schule von der Kirche. Dies ist auch die äußerste Lösung der Frage, deren die bürgerliche Gesellschaft fähig ist. Während aber diese rein formale Erledigung der Sache für den bürgerlichen Liberalen das höchste war, wozu er sich in seiner besten Zeit aufzuschwingen vermochte, ist sie für die Sozialdemokratie, wohlgemerkt, eine der Minimalforderungen des Programms. Die Sozialdemokratie verlangt von dem heutigen Staate als die minimalsten Garantien der geistigen Freiheit, daß die Religion zur Privatsache erklärt und die Schule von jeder Einmischung der Kirche verschont wird. Der bürgerliche Liberale in seiner besten Zeit glaubte nun, daß damit, das heißt mit der Abschaffung des Kultusbudgets und der konfessionellen Schule, für die gänzliche Befreiung von dem geistigen Druck der Kirche gesorgt wäre. „Wenn jeder seinen Priester bezahlt, wie er seinen Bäcker bezahlt“, so meinten die bürgerlichen Freidenker, dann sei es mit der Herrschaft der Kirche über die Gemüter vorbei. Die Oberflächlichkeit dieser bürgerlich-freidenkerischen Gesichtspunkte beweisen schon zur Genüge die Vereinigten Staaten Nordamerikas, wo bei völliger Trennung von Kirche und Staat das Muckertum und das Sektenwesen aufs beste blüht und gedeiht.“ Also wohlgemerkt: Trennung von Kirche und Staat im Sinne des Wortes von der „freien Kirche im freien Staat“, das will die Sozialdemokratie gar nicht, weil die Kirche dann nicht untergeht, sondern „aufs beste blüht und gedeiht“.

Die Religionsfeindlichkeit der Sozialdemokraten tritt aber in der Forderung der religionslosen Zwangsschule, der „Freien Schule“, wie sie genannt wird, noch deutlicher zutage. In dem Wahlprogramm heißt es: Trennung der Schule von der Kirche, und einige Zeilen weiter: „Der Unterricht soll von pfäffischer Unduldsamkeit befreit werden“. Wenn der neue Volksstaat die Volksbildung zu seinen Kulturaufgaben zählt, und er den Bildungszwang in der Form des Schul-

zwanges vielleicht sogar bis zum 18. Lebensjahre einführt, dann übernimmt er eine Bildungspflicht, eine Pflicht auf sich, wie Prof. Peters in der „*Völnischen Volkszeitung*“ (19. Dezember 1918) in zutreffender Weise ausgeführt hat, „deren einzelne Forderungen durchaus nicht seiner Willkür überlassen, sondern gebunden sind an das Volk, an seine Bildungsbedürfnisse, wie auch an seine Bildungsrechte“. Der gläubige Volksteil wird aber unter allen Umständen seine Bildungsbedürfnisse geltend machen. Ihm gilt die Religion als wesentlicher Bestandteil der Jugendbildung und -erziehung, so daß er ihn in den staatlichen Zwangsschulen nicht entbehren kann. Die Schule hat den Zweck, für das Leben zu bilden. Gläubige Katholiken und Protestanten sind darüber einig, daß klares sittliches Urteil, warmes sittliches Empfinden, starkes, zielbewußtes Wollen, wie es der Christ zur Erfüllung seiner Lebensaufgabe, die nicht bloß von dieser Welt, in Nahrung, Kultur und Produktion, sondern in einem nimmerendenden Leben besteht, ihm nur seine Religion vermittelt. Prof. Peters schreibt: „Wer also für Kinder christlicher, gläubiger Eltern ein Bildungsprogramm vorlegt, in dem die Überzeugung von einem jenseitigen Leben, einer in Gott verankerten sittlichen Ordnung, einer durch Christi Gnade bewirkten, übernatürlichen Heilung und Erhebung der sündigen Menschheit fehlt oder gar keinen Platz findet, der plant eine Bildung, die in der Luft schwebt, der baut nicht auf, der stört und zerstört. Das katholische Volk kennt keine Sittlichkeit, die losgelöst steht von Glaube und Religion. Es kennt keine wahre Bildung und Erziehung ohne religiöse Sittlichkeit. Es verlangt daher, daß die Bildung seiner Jugend auf religiös-sittlichem Boden erhalten werde... Von dem Volksstaat, der die Jugendbildung in ihrem ganzen Umfange zu seinem Monopol stempelt, verlangt das katholische Volk mit Recht, daß er katholischen Kindern zu katholischem Religionsunterricht verhilft.“

Was die Sozialdemokraten und mit ihnen auch die Deutschdemokraten anstreben, das ist die religionslose Einheitschule, die als Zwangsschule für alle gedacht ist. Dieses Programm muß aber den heftigsten Widerspruch aller gläubigen Christen finden, denn in ihren Augen gibt es keine Erziehung ohne Religion. Eine Laienmoral oder bürgerliche Ethik wird niemals die Religion ersetzen können. Gewiß gibt es in den

Lehren der Ungläubigen und Religionslosen auch eine Moral. Doch bei dem Kinde versagt sie, weil es unmöglich ist, dem Kind ihre Autorität und ihre verpflichtende Kraft klarzumachen. Friedrich Nietzsche hat über eine solche Schule mit einer religionslosen Moral ein vernichtendes Urteil gefällt. Diejenigen, die da Freidenker sein wollen, jagt er im „Zarathustra“, haben die Dogmen abgelehnt, die Ethik aber beibehalten. Seid doch ehrlich, rief er ihnen zu, und bleibt nicht auf halbem Wege stehen, denn die Ethik stützt sich immer auf das Dogma. Mit anderen Worten hat Tolstoi denselben Gedanken ausgesprochen: „Ein Mensch, dessen Wissen nicht auf religiöser Grundlage aufgebaut ist, kommt mir vor, wie jemand, der, ohne Musik gelernt zu haben, den Platz eines Kapellmeisters einnehmen will.“ Ein Stehenbleiben auf halbem Wege wird aber nicht möglich sein, es gibt nur ein Hinabgleiten auf abschüssiger Bahn. Eine religionslose Erziehung in der Zwangsschule stört die Harmonie des Kindes. In der Erziehungsarbeit gibt es kein Spezialistentum. Wenn die Bildungs- und Erziehungsarbeit des Hauses in der Schule keine Fortsetzung und Förderung erhält und das Kind aus dem religiösen Hause in die Schule ohne Religion, ohne Gebet, ohne religiöses Leben und religiöse Abzeichen tritt, dann wird das Erziehungswerk gestört, denn das Kind nimmt die ganze Welt mit all ihren Eindrücken in sich auf und sucht nach einer Aufklärung über alle Probleme. Einer solchen Schule werden die Gläubigen ihre Kinder nie anvertrauen. Das sozialdemokratische Schulprogramm mag den Ungläubigen entsprechen, da sie mit Hilfe dieser Reform aus der Schule eine Pflegestätte ihrer Weltanschauung zu machen hoffen, doch gläubige Eltern werden schon aus dem Grunde der Sozialdemokratie keine Gefolgschaft leisten können, weil in ihrem Schulprogramm kein Raum für die christlichen Erziehungsaufgaben vorhanden ist.

Die Bolschewikigefahr.

Die Gefahr des Militarismus und des Bureaokratismus ist überwunden, nun droht uns eine andere Gefahr, nämlich die proletarische Klassenherrschaft oder die Diktatur des Proletariats. Rußland hat damit den Anfang gemacht. Dort ist die sozialdemokratische Lehre von der Klassenherrschaft

bereits verwirklicht. Und das Ergebnis ist die Terrorisierung einer geschlossenen Minderheit gegen eine Mehrheit, Unterdrückung der geistigen Freiheit, wirtschaftlicher Zusammenbruch, Unterdrückung der Pressefreiheit, Vernichtung der Demokratie. Der Krieg hat das russische Volk an den Rand des Abgrundes geführt und der Bolschewismus stößt das Volk vollends in den Abgrund. Die Bolschewisten in Russland sind aber mit ihren Erfolgen nicht zufrieden, sie wollen ganz Europa mit den Segnungen ihres Systems beglücken und daher kommen ihre Sendlinge nach Berlin, Wien, Budapest, in die Schweiz, um die Vorbereitungen für die große Weltrevolution zu treffen. Sie kommen nicht mit leeren Händen und ganz erfolglos ist diese Propagandatätigkeit nicht geblieben. Ein bolschewistischer Leitfaden, ein in Zürich erschienenenes Buch, „Programm der Kommunisten“, das den Führer der Züricher Bolschewiki, den Nationalrat Platten, zum Verfasser hat, bringt folgende Erläuterung der Diktatur des Proletariats: „Diktatur — das bedeutet eiserne Macht, eine Macht, die kein Erbarmen mit ihren Feinden hat. Diktatur der Arbeiterklasse bedeutet die Regierungsgewalt der Arbeiterklasse, welche die Bourgeoisie und die Grundbesitzer ersticht. Diese Arbeiterregierung kann nur aus der sozialistischen Revolution der Arbeiterklasse hervorgehen, der Revolution, die den bürgerlichen Staat und die bürgerliche Regierung zerstört! Diese Gewalt ist heilig (!); wer vor solcher Gewalt gegen das Bürgertum zurückschreckt, ist überhaupt kein Revolutionär. Gewehre und Gefängnisse, um Gegenrevolutionäre einzusperrn, sind ebenso, wie andere, Mittel des Zwanges und der Zählung.“ (!) Und an einer anderen Stelle liest man in aller Offenheit über den Unterschied einer parlamentarisch regierten Republik und einer Diktaturrepublik von Bolschewismus-Gnaden. „Der Unterschied besteht darin, daß in der Sowjetrepublik die nicht werktätigen Klassen kein Stimmrecht haben und an den Geschäften nicht teilnehmen. Das Land wird durch die Räte (Sowjets) regiert. Das Bürgertum, die früheren Gutsbesitzer, die Zinsschinder, die Intellektuellen vom Geiste Korniloffs, die Bankiers, die Händler und Spekulanten, die Kaufleute, die Krämer, die Pfaffen und Klosterbrüder — kurz, die ganze schwarze Armee des Kapitalismus (!), ist nicht stimmberechtigt und hat auch keine politischen Rechte.“ Diese Auffassung ver-

hält sich zu den Grundsätzen der Demokratie wie Feuer und Wasser. Besonnene, ordnungsliebende Sozialdemokraten sind auch über den Ausgang dieser Wühlarbeit besorgt und werden von Grauen und Angst erfüllt, wenn man ihnen sagt, wir stehen erst am Anfange der großen Revolution. Doch wer A sagt, muß auch B sagen. Man hat nicht ungestraft den Klassenkampf ein halbes Jahrhundert geführt. Einmal mußte die Lawine ins Rollen kommen. Wenn wir auch zugeben, daß der größte Teil unserer Sozialdemokraten infolge des russischen Beispiels die wahre Demokratie durch eine Diktatur nicht verdrängen will, so muß doch gesagt werden, daß der Sozialdemokratie selbst die tiefen und überzeugenden Beweggründe fehlen, um sich der Bolschewikigefahr zu erwehren. Mögen sie sich in Berlin Spartakusleute, in Petersburg Bolschewiki und in Wien und in Zürich Kommunisten nennen, sie sind doch alle nichts anderes als Sozialdemokraten, Anhänger derselben Weltanschauung, derselben Theorien, die von unseren Sozialdemokraten in der Wahlbewegung als Heilmittel aller Übelstände gepriesen werden.

Gemeinsam ist ihnen die materialistische Weltanschauung. Alle glauben, daß durch bloße Veränderung der äußeren Einrichtungen, der wirtschaftlichen Verhältnisse, die Menschen besser, edler, einsichtiger werden. Tatsächlich sind es die Menschen und ihre Charaktere, die den äußeren Institutionen Seele und Leben geben müssen. Der Sozialismus ist groß geworden durch seine rücksichtslose Kritik, durch seine unbeschränkten Forderungen, wobei er keineswegs seine Gläubigen zum Pflichtbewußtsein gegenüber anderen Schichten und dem gesamten Volke herangebildet hat. Die Sozialdemokratie war sich der Gefahr des Klassenkampfes selbst bewußt, sie hat aber nie den Mut gefunden, ihre Klassenkampftheorie dorthin, wohin sie gehört, in die Rumpellammer zu werfen. So schrieb die Innsbrucker „Volks-Zeitung“ (in Nr. 181 vom 8. August 1913): „Eine sozialistische Gesellschaft, in der jede einzelne Gruppe von Berufskollegen rücksichtslos nur an sich und ihre unmittelbaren Interessen denken würde, wäre nichts anderes als eine andere Art des Kapitalismus, das heißt kein harmonisches Zusammenwirken der verschiedenen Berufsgruppen, sondern ein ebenso erbarmungsloser Kampf aller gegen alle, wie wir ihn

heute im Kapitalismus haben.“ Diese Voraussage ist bereits eingetroffen, wir haben noch nicht den sozialistischen Staat, doch die sozialistischen Brüder bekämpfen sich in den Straßen von Berlin mit Handgranaten, Maschinengewehren und Panzerautomobilen. Die Spartakusleute ziehen aus den Lehren des Klassenkampfes, aus dem Terrorismus, der früher gegen nicht sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter in den Industrien ausgeübt wurde, die äußersten Folgen. „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.“ Jetzt verspüren es die Regierungssozialisten in Berlin am eigenen Leibe, auf welche Abwege, zu welcher brutalen Anebelung jeder Freiheit der Klassenkampf und die sozialistische Lehre vom Klassenhass und der Einschüchterungspolitik führen.

Auch der sozialdemokratische Wahlausruf rühmt sich des „starken Druckes“, den die Sozialdemokraten auf die bürgerlichen Parteien ausüben, und Max Adler hat mit Stolz erklärt, daß die bürgerlichen Abgeordneten von den Sozialdemokraten wie eine Schafherde durch den Schäferhund vorwärts getrieben werden. Die Drohung mit den Argumenten der Straße, mit der Revolution, mit den Methoden des Terrorismus, gehört zu den unentbehrlichen Waffen der Sozialdemokratie. Daher schwärmt sie heute für das „rote“ Deutschland, nicht aus nationalen Gründen, sondern aus wilder Begeisterung für Berlin, „für das Herz der Revolution“, wie sich kürzlich Fritz Adler geäußert hat. Eine solche Parole ist aber eine Gefahr für die klägliche Durchführung der demokratischen Grundsätze, sie unterliegt leicht dem Drucke der eigenen Leute, denen die Diktatur des Proletariats immer ein Ideal sein wird, und wird daher den ersten günstigen Augenblick benützen, um eine Parteiherrschaft aufzurichten. Zur Bekämpfung der Bolschewitigezehr wird sie auch deshalb nicht die Kraft besitzen, da sie in überschäumender Freude den Sieg der russischen Bolschewiki einst begrüßt hat. Damals konnte man lesen, daß die sozialdemokratische Menschheitsbeglückung ihren Anfang genommen hat, daß der Sozialismus den Frieden, die lauterste Menschenliebe und Völkerverbrüderung bedeute. Die Revolutionshymnen haben heute einen andern Inhalt, aber auch eine andere Melodie. Kann man es uns nach diesen Erfahrungen und nach dem Bürgerkrieg, den Berlin durchmachen muß, verübeln, wenn wir in der Sozialdemokratie eine Gefahr für die wahre Demokratie erblicken?

Die Abrechnung mit den Christlichsozialen.

In dem sozialdemokratischen Wahlprogramm werden die Wähler und Wählerinnen aufgefordert, mit jenen Abrechnung zu halten, die den Krieg verschuldet haben. Und dazu sollen die Christlichsozialen gehören. Von dieser Partei sollen die Wähler und die Wählerinnen Rechenschaft verlangen „im Namen unserer Toten, die in fremder Erde ruhen! Rechenschaft im Namen der Hunderttausende Witwen und Waisen! Rechenschaft im Namen all derer, die zu Krüppeln geworden sind und die im Schützengraben ihre Gesundheit verloren haben, im Namen unseres ganzen, durch den Krieg verelendeten, dem Hunger und der Kälte preisgegebenen Volkes. Drum fort mit den Christlichsozialen.“ Die Schuldfrage am Kriege soll also in der Wahlzeit benützt werden, um einen skrupellosen Stimmenfang zu betreiben! Als sachlicher Kampf kann dieser summarische Vorwurf nicht bezeichnet werden. Die Christlichsozialen sind weder für das Ultimatum an Serbien noch für die Kriegserklärung verantwortlich. Ihr Einfluß auf die Auslandspolitik des alten Osterreichs war gleich Null und die geringe Zahl ihrer Vertreter im Abgeordnetenhaus (67 von 516 Abgeordneten) wäre auch dann nicht ausschlaggebend gewesen, wenn dem Parlament ein entscheidendes Wort über Krieg und Frieden zugekommen wäre. Wenn vereinzelt Zeitungen und Politiker in allen Lagern die Stimmungsmache des Ministeriums des Außern unterstützten, so geschah das in der ehrlichen Überzeugung, daß die Interessen des Vaterlandes es verlangen und daß die berufenen Leute, die dank der Geheimdiplomatie sich nicht in die Karten schauen ließen, auch die Fähigkeit und den guten Willen besitzen, das Beste für das Vaterland und seine Bewohner anzustreben. Die christlichsoziale Partei hat immer entschieden eine Friedenspolitik nach innen und nach außen gemacht, es gab im alten Parlament keine Partei, die mit solchem Eifer an der Annäherung und Ausöhnung der Nationen arbeitete. Nach außen hielt sie, ebenso wie die Sozialdemokratie, an dem Dreibunde, in welchem allgemein eine Bürgschaft für den Frieden erblickt wurde, fest, nur mit dem Unterschied, daß sie ihre Zweifel über die Verlässlichkeit Italiens offen zum Ausdruck brachte. Es war gerade die sozialdemokratische Presse, die dieses berechnete Mißtrauen gegen Italien als

„Merikale Ränke und Mächenschaften gegen den Frieden“ brandmarkte. In dieser Frage haben aber die Christlichsozialen besser in die Zukunft geschaut als die Sozialdemokraten.

Der Weltkrieg war unvermeidlich, das wußten auch die Sozialdemokraten, der Mord von Sarajevo war nicht die Ursache, sondern nur der Anlaß des Krieges, der Funke, der das aufgehäuften Pulver zum Entzünden brachte. Zu wiederholten Malen haben die Sozialdemokraten geschrieben und erklärt, daß Rußland und die Entente die tiefste Ursache des Krieges gewesen sind. Die „Arbeiter-Zeitung“ schrieb am 15. August 1914: „Das ist dieser Krieg, denn er ist der Krieg der Einkreisung, der Krieg, den die Entente Rußlands, Frankreichs und Englands seit Jahren vorbereitet hat, der Krieg, der das deutsche Volk zurückzuschleudern soll in Machtlosigkeit und Elend. Rußland hat ihn in Szene gesetzt“. Wie diejenigen, die jetzt die Christlichsozialen der Schuld an dem Weltkriege anklagen, in den Entscheidungstagen des Kriegsausbruches geschrieben haben, das scheint man im sozialdemokratischen Lager jetzt in der Wahlzeit vergessen zu haben. Damals war es der Weltkrieg des Zaren, und die „Arbeiter-Zeitung“ (1. August 1914) konnte schreiben: „Die gesamte europäische Menschlichkeit soll sich zerschleichen, weil die serbischen Machthaber es wünschen und weil der Zarismus an ihr verrücktes Treiben sein armseliges Prestige geknüpft wähnt. Ganz Europa soll entflammen wegen Serbien.“ Und am 2. August 1914 beteuerte derselbe sozialdemokratische Häuptling: „Nichts kann die Handlungsweise des Zaren, die den Weltkrieg heraufordert, rechtfertigen. Wie auch immer Nikolaus der Zweite sein Verhältnis zu Serbien und den Pflichten seiner Schutzherrslichkeit auf dem Balkan abwägen möge: Weder Osterreich-Ungarn noch gar Deutschland, das sich aller kriegerischen Vorkehrungen enthielt, haben auch nur das Mindeste getan, das sich unmittelbar gegen Rußland, seine Sicherheit und Ehre lehrte, keine Rüstung, keine Kriegsmaßregel geschah an der russischen Grenze.“ Der holländische Sozialistenführer Troelstra erklärte nach der „Arbeiter-Zeitung“, 1. Juni 1915: „Der Krieg ist einerseits unter der Nachwirkung der Annexionspolitik von 1871, andererseits durch den wirtschaftlichen Gegensatz zwischen England und Deutschland entstanden.“ Wenn die „Arbeiter-Zeitung“ schreiben

konnte: „Auf der Seite der Gegner handelt es sich um Revanche, Machterweiterung, Weltmacht und Weltmacht, auf der anderen Seite des deutschen Volkes nur schlicht und einfach um das Leben, das ihm die Nachbarn nicht gönnen wollen“, dann war es begreiflich, daß die Sozialisten in Deutschland für die Kriegsauslagen stimmten, daß in diesem Verteidigungskrieg ein hervorragender sozialdemokratischer Führer, Frank, als Freiwilliger einrückte und mit dem Heldentod das Gelöbnis des Durchhaltens besiegelte. Aber ist es bei den Sozialdemokraten ganz in Vergessenheit geraten, was die „Arbeiter-Zeitung“ am 22. Oktober 1915 über den Ursprung des Krieges schrieb: „Es ist so, wie es hier (im „Fremdenblatt“) vorgestellt wird, daß Serbien, getrieben von Rußland, das in ihm ein Werkzeug zur Zerstörung des Nationalitätenstaates erblickte, die Propaganda gegen Österreich-Ungarn nährte und daß deshalb Österreich, wie es gesagt wird, gegen Serbien endlich Ernst machen mußte. Es ist ebenso richtig, daß sich die Ausdehnungs- und Eroberungstendenz, die Rußland in den ihm zum Verhängnis gewordenen Krieg geführt hat, gegen den Nationalitätenstaat richtete, von dem es vermeinte, an ihm eine der panslawistischen Idee entsprechende Beute machen zu können, wobei Deutschland in Erfüllung seiner Bündnispflicht in den Konflikt geriet, der dann freilich auch alle alten Feindschaften gegen Deutschland selbst zur Reife brachte, wie wir es wiederholt dargelegt haben; um unser Sein, um Bewahren und Erhalten des Nationalitätenstaates ging es, da der Weltkrieg ausbrach.“ Die Sozialdemokratie hat erst vor kurzem festgestellt, wer die Schuld am Kriege trägt. Schrieb doch die „Arbeiter-Zeitung“ am 26. November 1918: „Der Berchtold, ein und zwei seiner Helfer, der Hötzendorf, der Stürgkh und der Tisa — waren da, hatten alle Macht in den Händen und konnten diesen frevlen Übermutskrieg entfesseln.“ Das waren aber alles andere, nur nicht Christlich-soziale. Wenn diese Leute alle Macht hatten, dann trifft die Schuld diese Personen allein.

Die Sozialdemokratie wird aber gut tun, nicht zusehr mit Steinen herumzuwerfen, denn sie sitzt selbst im Glashaufe. Haben nicht französische Sozialisten ihre Regierung unterstützt, die eine kriegerische Auslands politik verfolgte und sich mit dem Zaren verbunden hatte. Die „Arbeiter-

Zeitung" schrieb am 2. August 1914: „Es ist ein grauenhaft lächerlich'r Gedanke, daß dieses Frankreich der Demokratie und der bürgerlichen Freiheit, das niemals so friedliebend war, wie in den letzten Jahren, das in diesen Jahren der Krise so deutlich, wie nun das deutsche Volk selbst, jeden Abscheu vor dem Kriege befundete, nun Hekatomben von Menschen darbringen und schlachten soll, bloß damit sich der Zar seines Protektorates über Serbien ungestört freut. Das Bündnis der Republik mit dem nordischen Absolutismus war eine Verbindung wider die Natur.“ Dieses Bündnis hat das zaristische Rußland ermuntert, der Unruhefister am Balkan zu sein. Und wenn schon unter den politischen Parteien die Schuldigen an dem Kriege gesucht werden, dann dürfen die französischen Regierungssozialisten nicht vergessen werden, die an dem Bündnis mit dem zaristischen Rußland keinen Anstoß nahmen und im Kriege ihren Führer Thomas zum Leiter des Munitionsministeriums machten, dessen Tätigkeit darauf gerichtet war, „den Brudermord bis auf den letzten Blutstropfen“ zu verlängern. Die Sozialdemokratie hat um so weniger Ursache, ein Monopol für den Weltfrieden in Anspruch zu nehmen, da die Vorgänge in Rußland, in Berlin uns vor Augen führen, wie der innere Friede aussieht, wenn die Sozialisten untereinander um die Erringung der politischen Macht kämpfen. Der Sozialistenkrieg in Berlin gibt den Neumärzisten recht, die im Kriege etwas naturnotwendiges erblicken und vor der Machtpolitik ihren Notau machen. Wir brauchen nicht Hamisch, Hellmann oder Lensch, die Männer der „Glocke“, zu zitieren, um zu beweisen, daß die Sozialdemokraten selbst nicht einig sind in ihrer Stellungnahme zum Kriegsproblem. Aus der Feder des Dr. Renner, der jetzt an der Spitze der Regierung steht und zu den hervorragendsten Führern der deutschösterreichischen Sozialdemokratie gehört, ist ein Buch über „Marxismus, Krieg und Internationale“ erschienen. Den Krieg betrachtet er als ein Mittel zur Vereinigung der Nationen, denn er meint, daß „die allermeisten Kriege, in denen man herkömmlicherweise bloße Eroberungskriege sieht, die Aufgabe vollzogen haben, bestehende oder werdende Markt- und Wirtschaftsgemeinschaften zu sichern in der Form von Staatsgemeinschaften, also nicht völkerhemmende, sondern völkerverbindende Kriege gewesen sind“.

Man könnte meinen, daß diese freundliche Beurteilung der allermeisten Eroberungskriege schon das äußerste sei, wohin ein Sozialdemokrat gelangen könne, aber sie ist das nicht. Denn an einer andern Stelle heißt es: „Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch in der Zukunft die Welt ihre Ordnung finde im Wege kriegerischer Auslese, daß diejenige Macht, die sich als die stärkste Organisation erweist, auch durch die Geschichte zum größten Organisationswerk berufen und von Rechts wegen die höchste Gewalt wird, die Richterin, Walterin und Rechtsschöpferin der Völker.“ Das ist eine offene Verbeugung vor der Machtpolitik, die tatsächlich zum Kriege geführt hat. Die wahre Schuldfrage ist aber von der ethischen Frage nicht zu trennen. Nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern die Menschen machen Geschichte. Der Materialismus, den die Sozialdemokratie zu ihrer Weltanschauung erkoren hat, die Absage an Gott und seine Gebote, das war die tiefste Ursache dieser schrecklichen Weltkatastrophe. Militarismus, Imperialismus, aber auch Sozialismus, das sind nur verschiedene Bezeichnungen für Machtbestrebungen, die dem gleichen Geiste des Materialismus entspringen. Auch der Sozialismus, wie er sich in den Straßen von Berlin auslebte, verläßt sich auf Macht und Gewalt und ist der größte Feind des Friedens. Gemeinsam war die Schuld der Welt. Statt einzelne Parteien der Schuld anzuklagen, wäre es gerechter und edler, eine allgemeine Gewissensforschung anzustellen, bei der die Sozialdemokratie sicher nicht als der reine Engel erscheint, wie sie sich jetzt in der Wahlzeit den Volksmassen vorstellt.

Anhang.

Das sozialdemokratische Wahlprogramm.

Am 16. Februar werdet ihr die verfassungsgebende Nationalversammlung wählen. Das Volk ist frei geworden, sein Geschick selbst zu bestimmen. Die Nationalversammlung, die ihr alle, Männer und Frauen, in voller Freiheit wählen werdet, wird unsere Staats- und Gesellschaftsverfassung festsetzen. Es gibt kein Herrenhaus mehr, dessen Zustimmung ihre Beschlüsse brauchen würden. Es gibt keinen Kaiser mehr, ohne dessen Genehmigung ihre Beschlüsse nicht in Wirksamkeit

träten! Was die von euch allen gewählte Nationalversammlung beschließen wird, wird euer Gesetz sein! Jetzt gilt es vor allem, Abrechnung zu halten! Fort mit denen, die den Krieg verschuldet haben! Vergesst es nicht: durch das verbrecherische Ultimatum an Serbien hat die österreichisch-ungarische Monarchie den Weltkrieg herbeigeführt! Von denen, die dieses ungeheuerlichste aller Verbrechen verschuldet haben, müßt ihr Rechenschaft fordern! Rechenschaft im Namen unserer Toten, die in fremder Erde ruhen! Rechenschaft im Namen der Hunderttausende Witwen und Waisen! Rechenschaft im Namen all derer, die zu Krüppeln geworden sind und die im Schützengraben ihre Gesundheit verloren haben! Rechenschaft im Namen unseres ganzen, durch den Krieg verelendeten, dem Hunger und der Kälte preisgegebenen Volkes! Darum fort mit jenen Christlichsozialen und Deutschnationalen, die schon seit 1908, seit der Annexion Bosniens, zum Waffengange gegen Serbien gehezt haben! Fort mit jenen Christlichsozialen und Deutschnationalen, die uns Sozialdemokraten während des Balkankrieges als Verräter am Volke und Vaterlande hingestellt haben, weil wir die Erhaltung des Friedens forderten! Fort mit jenen Agrariern, die Serbien durch die Grenzsperrre zur Verzweiflung getrieben haben, damit nur ja kein serbisches Schwein die Profite österreichischer Schweinezüchter bedrohe! Fort mit jenen Christlichsozialen, welche die Werkzeuge der Kriegspolitik der Hofkamarilla, der Franz Ferdinand und Conrad v. Hötzendorf gewesen sind! Fort mit jenen Deutschnationalen, die vor wenigen Monaten noch, als die Mittelmächte noch nicht besiegt waren, als ein Verständigungsfriede noch möglich war, nach dem Siegfrieden geschrien und es dadurch mitverschuldet haben, daß der Krieg fortgeführt wurde bis zur Niederlage, fortgeführt wurde bis zum Siegfrieden der anderen! Fort mit den schuldigen Parteien! Vor den Staatsgerichtshof die schuldigen Staatsmänner und Generale!

Unser Volk ist in bitterster Not. Der Sieger droht, große Teile unseres Volkes fremder Herrschaft zu unterwerfen. In solcher Not fordern heute alle deutschösterreichischen Parteien das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes. Aber mit welchem Rechte können Deutschnationale und Christlichsoziale das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes fordern?

Wie haben sie, solange das deutsche Volk noch stark und mächtig war, das Selbstbestimmungsrecht der anderen Völker geachtet? Haben sie nicht das ruchlose Gewaltregime der Erzherzog Friedrich und Stürgkh, die Herrschaft des Absolutismus, des § 14, der blutbesleckten Feldgerichte, der zahllosen Galgen unterstützt? Haben sie nicht mit Hochverratsprozessen und Bluturteilen die um ihre Freiheit kämpfenden slawischen Völker niederzwingen, ihnen durch absolutistisches Dktroi ihre Verfassung aufzwingen wollen? Haben sie nicht dem Versuch, das serbische Volk zu vergewaltigen, Polen und Litauen und die baltischen Länder der Fremdherrschaft auszuliefern, applaudiert? Wer, solange er stark war, das Selbstbestimmungsrecht der anderen Völker mit Füßen getreten hat, findet kein Gehör, wenn er, schwach geworden, das Selbstbestimmungsrecht für sein eigenes Volk verlangt! Wenn die Siegfriedler und Annexionisten jetzt vom Selbstbestimmungsrecht der Völker reden, dann lachen sie die anderen Völker nur aus! Darum fort mit denen, die das deutsche Volk vor der Welt moralisch kompromittiert haben! Wir Sozialdemokraten allein sind auch damals, als das deutsche Volk auf dem Höhepunkt seiner Macht stand, für das Selbstbestimmungsrecht der anderen Völker eingetreten; eben darum hat man uns als Verräter am Deutschtum hingestellt! Wir allein können jetzt Gehör bei den anderen Völkern fordern, wenn wir für unser eigenes Volk verlangen, was wir immer den anderen Völkern zugestanden haben!

Die Freiheit der anderen Völker erkennen wir ohne Vorbehalt an. Aber dieselbe Freiheit fordern wir auch für unser Volk. Deutschösterreich soll eine demokratische Republik sein und bleiben. Es darf keine andere Gewalt mehr geben als die, die vom Volke selbst eingesetzt und dem Volke verantwortlich ist! Noch am 21. Oktober, als die provisorische Nationalversammlung zum erstenmal zusammentrat, haben sich die Christlichsozialen und die Deutschnationalen in feierlichen Erklärungen zur Monarchie bekannt. Wenige Tage später mußten sie freilich unter dem Drucke der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Republik proklamieren. Aber ist ihre republikanische Gesinnung echt? Haben sie nicht während des ganzen Krieges den Absolutismus des § 14 unterstützt und nach absolutistischen Dktrois geschrien? Haben sie sich nicht

mit höfischen Titeln und Orden gebrüstet, nicht auf Hofgunst all ihre Hoffnungen gesetzt? Verteidigen sie nicht heute noch Tag für Tag alle Schandtaten des monarchischen Regimes? Seht sie euch genau an, Wähler und Wählerinnen! Wählt keinen, dessen republikanische Gesinnung nicht verlässlich ist!

In der demokratischen Republik darf es keinen Militarismus mehr geben! Der Völkerbund soll alle Streitigkeiten durch Urteil von Schiedsgerichten schlichten, nicht durch Gewalt entscheiden. Soweit innerhalb der neuen Weltordnung ein Heer noch nötig ist, soll es ein wahres Volksheer sein, eine Miliz mit ganz kurzer Dienstzeit, ohne Paradebrill, ohne Ständesprivilegien der Offiziere, ohne Militärgerichte, ohne entwürdigende Disziplinarstrafen, ohne Beschränkung der Bürgerrechte der Soldaten! Für die Kriegsbeschädigten ausreichend zu sorgen ist Ehrenpflicht des Staates! Die Generale, die während des Krieges die Militärgerichte zu Bluturteilen kommandiert, Soldaten und Zivilisten zu Hunderten ohne gerichtliches Urteil haben hängen und erschießen lassen, die bald aus verbrecherischem Ehrgeiz, bald wieder aus elender Feigheit und Pflichtvergessenheit Tausende unserer Brüder dem Tod, Tausende dem Elend der Kriegsgefangenschaft zugetrieben haben, dürfen der verdienten Strafe nicht entgehen!

In der demokratischen Republik muß volle Glaubens- und Gewissensfreiheit jedermann gesichert sein. Dem Gläubigen bleibe es unverwehrt, nach den Lehren seiner Religion zu leben! Wer aber nicht gläubig ist, soll nicht gezwungen sein, seine Kinder in einer ihm fremden Religion zu erziehen, seine Ehe vor dem Seelsorger zu schließen und zu dem Aufwand einer ihm innerlich fremden Glaubensgemeinschaft beizutragen. Die Macht der Kirche soll ungeschmälert bleiben, soweit sie auf ihrem Einfluß auf die Gläubigen beruht; aber staatlicher Zwang auf die Ungläubigen soll ihre Macht nicht mehr mehren. Darum verlangen wir die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche. Die Grundlage des freien Staates ist die freie Schule. Der Unterricht soll von päffischer Unduldsamkeit und monarchischer Legende befreit werden. Der Arbeitsunterricht soll den Kern des Lehrplanes bilden. Die Schullasten soll der Staat den Gemeinden abnehmen. Kein Kind soll mehr hungrig zur Schule gehen! Der Staat soll für

Unterhalt und Bekleidung aller Schulkinder sorgen. Freie Bahn für alle Begabten! Der Staat soll allen begabten Kindern auf seine Kosten den Besuch der Mittel- und Hochschulen ermöglichen!

Aber die politische Freiheit, die wir auf solche Weise begründen, ist uns nur ein Mittel, das arbeitende Volk von der wirtschaftlichen Ausbeutung zu befreien. Zu diesem Zwecke wollen wir die Eigentumsverhältnisse neugestalten. Das Eigentum des Bauern, der seine Scholle selbst bebaut, und das Eigentum des Handwerksmeisters, der seine Werkzeuge selbst gebraucht, wollen wir nicht antasten. Aber das Eigentum der großen Fabriksherren, die Tausende Arbeiter ausbeuten, das Eigentum der Bergwerksbesitzer, die Kohle und Erze monopolisieren, den Kapitalbesitz der großen Banken und Handelshäuser, den Großgrundbesitz des Adels, der Kirche und der Kapitalisten — ihn wollen wir dem Volke wiedergeben! Eigentum der Gesamtheit soll werden, was heute Eigentum weniger Kapitalisten und Großgrundbesitzer ist! Der Staat soll die großen Industrie- und Bergwerksbetriebe, den Großgrundbesitz und die Großbanken enteignen. Die bisherigen Eigentümer sollen eine Entschädigung empfangen; aber die Entschädigung soll durch eine progressive Vermögenssteuer aufgebracht werden, so daß die Gesamtheit der Kapitalisten bezahlen muß, was die enteigneten Kapitalisten bekommen. An der Verwaltung der verstaatlichten Betriebe sollen Arbeiterausschüsse mitwirken, die von den Arbeitern, Angestellten und Beamten dieser Betriebe gewählt werden. Der Gewinn soll zwischen dem Staat und den Arbeitern und Angestellten der verstaatlichten Betriebe geteilt werden. Auch der enteignete Großgrundbesitz soll in solcher Weise verwaltet werden, wo der Boden nur im Großbetrieb zweckmäßig bewirtschaftet werden kann. Wo das aber nicht der Fall ist, wo der Kleinbetrieb größeren Ertrag verspricht, sollen auf dem Boden, der bisher dem Adel, der Kirche, den Kapitalisten gehört hat, Kleinbauern und Landarbeiter angesiedelt werden! Den Gemeinden und Bezirken, die fortan durch Bezirks- und Gemeindevertretungen, die auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes gewählt werden, verwaltet werden sollen, soll der Staat das Recht einräumen, das städtische

Bau- und die Industrie-, Verkehrs- und Handelsbetriebe, die den lokalen Bedürfnissen dienen, in ihren Besitz und Betrieb zu übernehmen! So sollen uns Staat, Bezirk und Gemeinde eine sozialistische Gesellschaft aufbauen! Auf der Grundlage der demokratischen Republik erhebt der Sozialismus!

Nur auf diese Weise kann der Staat die durch den Krieg zerstörte Volkswirtschaft wiederaufbauen, das Masseneleid lindern, alle Arbeitenden schützen. Die Arbeiterschutzgesetzgebung muß ausgebaut, ihre Wirksamkeit auf alle Arbeiter, Angestellten und Beamten ausgedehnt werden. Freies Koalitionsrecht für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, Achtstundentag und freier Samstagnachmittag, der jährliche bezahlte Erholungsurlaub, die Teilnahme von Arbeiterausschüssen an der Verwaltung der Betriebe — das sind unsere nächsten Forderungen! Auch die landwirtschaftlichen Arbeiter, die bisher schutzlos waren, sollen fortan des Schutzes von Gesetzen, die natürlich den besonderen Arbeitsverhältnissen der Landwirtschaft angepaßt werden müssen, nicht entbehren. Den Hausangestellten, die bürgerlicher Hochmut Dienstboten nennt, muß das Gesetz eine Mindestruhezeit, Mindestlöhne, zwei freie Nachmittage wöchentlich und jährlichen bezahlten Urlaub sichern. Für die landwirtschaftlichen Arbeiter und für die Hausangestellten soll ein modernes Arbeiterrecht an Stelle der Dienstbotenordnungen geschaffen werden. Durch die Sozialisierung der Großindustrie und des Großgrundbesitzes wird der Staat erst die Mittel gewinnen, die er für die Sozialversicherung braucht. Wir fordern die Alters- und Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung für das ganze Volk; für Arbeiter und Angestellte ebenso wie für Bauern, Handwerksmeister und kleine Geschäftsleute. Wir fordern die Arbeitslosenversicherung mit Staatszuschuß, von den Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen verwaltet, für alle Arbeiter und Angestellten einschließlich der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Hausangestellten. Die reichen Mittel, die die Sozialisierung der Großindustrie, der Großbanken und des Großgrundbesitzes dem Staat zuführen wird, werden den Staat erst in die Lage versetzen, allen Arbeitenden ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Wenn die Ertragnisse der großen

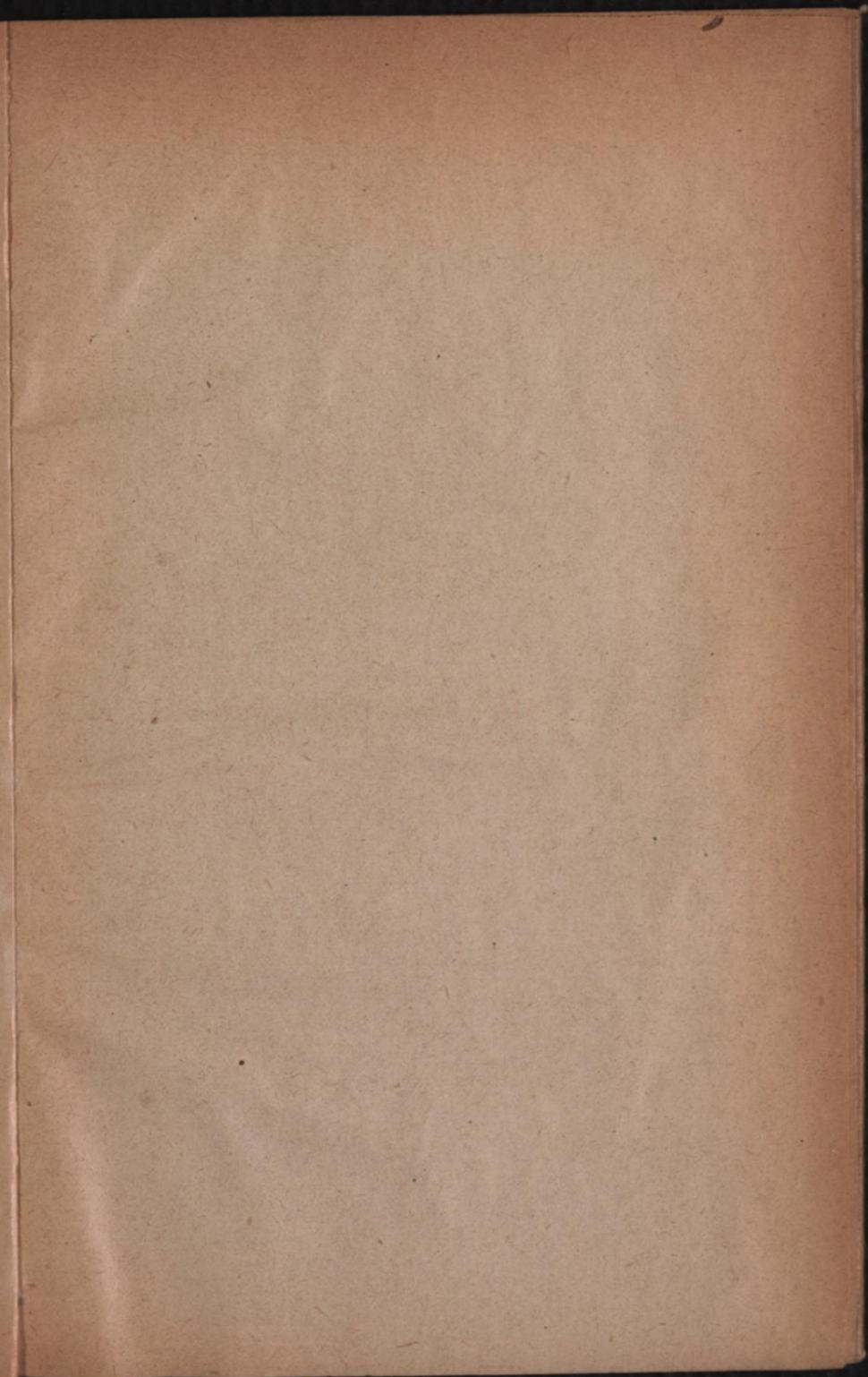
Industriebetriebe, der großen Banken des großen Grundbesitzes nicht mehr Kartellmagnaten und Börsenrittern, nicht mehr müßigen Adeligen und Prälaten zuschießen, sondern dem Staat, wird der Staat die indirekten Steuern und die Zölle, die die Lebensmittel und die Wohnungen verteuern, allmählich abbauen, die Gehalte, Löhne und Pensionen der Beamten, der Lehrer, der Staatsdiener und Staatsarbeiter den Teuerungsverhältnissen anpassen können!

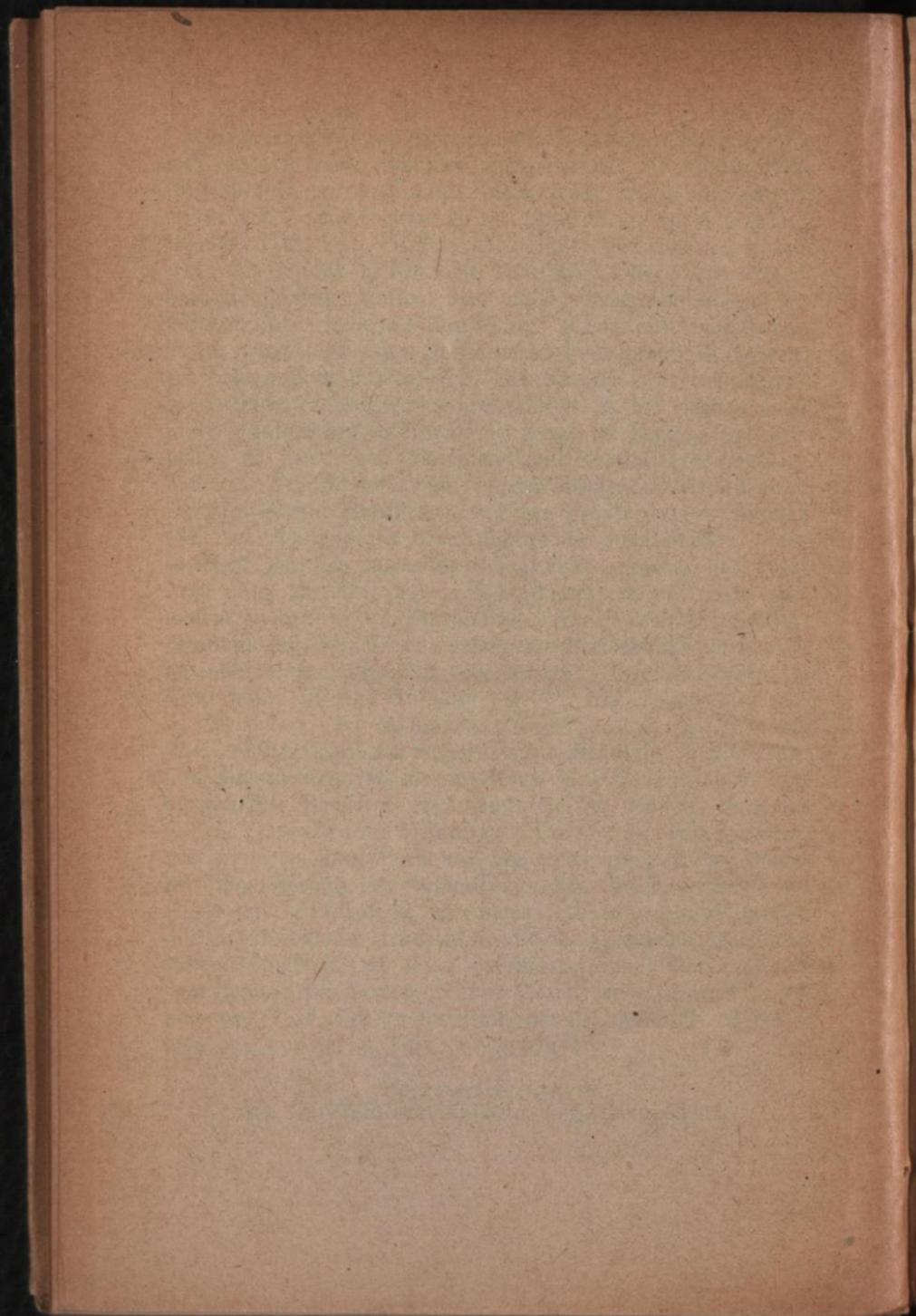
Der Sozialismus bringt allen eine neue Zeit, vor allem auch den Frauen. Gegen den Widerstand der Christlichsozialen und der Deutschnationalen hat die Sozialdemokratie das Frauenwahlrecht durchgesetzt; jetzt müssen alle Gesetze fallen, die die Frauen gegenüber den Männern benachteiligen. Alle Berufe mit Ausnahme derer, die dem weiblichen Organismus schädlich sind, sind den Frauen zu öffnen. Vor allem aber muß überall der Grundsatz verwirklicht werden: Für gleiche Arbeit gleichen Lohn, ob Mann oder Frau die Arbeit leistet! Das fordert nicht nur das Interesse der Frauen, sondern auch das der Männer: die arbeitenden Frauen sollen ihre männlichen Arbeitskollegen nicht mehr unterbieten, sondern gemeinsam mit ihnen arbeiten, organisieren, verwalten! Ihr Wahlrecht aber sollen die Frauen benützen, um Schutz für sich und ihre Kinder durchzusetzen. Nach dem furchtbaren Blutverlust des Krieges muß die Gesellschaft für die Aufzucht eines gesunden Nachwuchses sorgen! Darum fordern wir die Mutterschaftversicherung, damit sich die jungen Mütter, von der Berufsarbeit entlastet, der Pflege ihrer Kinder widmen können; darum fordern wir die Beistellung der notwendigen Mittel für die öffentliche Säuglings-, Kinder-, Waisenfürsorge; darum verlangen wir das ausnahmslose Verbot der gewerblichen Kinderausbeutung; darum muß sich der Staat auch der unehelichen Mütter und unehelichen Kinder annehmen, darf er auch die unehelichen Kinder nicht mehr zu Zehntausenden elend zugrunde gehen lassen! An Mitteln zu alledem wird es nicht fehlen, wenn erst Fabriken und Bergwerke, große Gutsherrschaften, Handelshäuser und Banken ihre Profite nicht mehr Privatleuten abwerfen, sondern dem Staat! Kann aber unser kleines armes Deutschösterreich diese gewaltigen

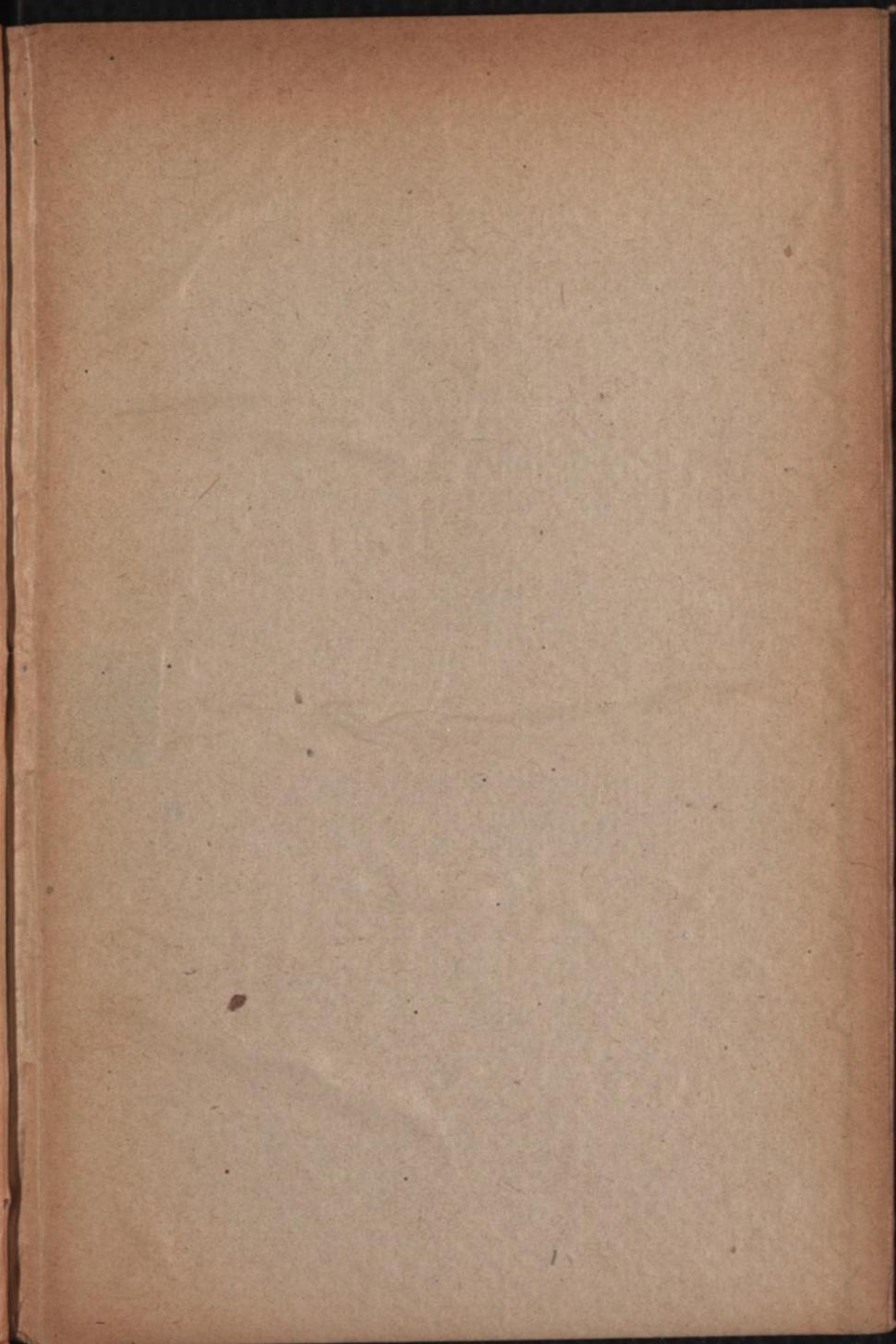
Aufgaben erfüllen? Auf sich selbst gestellt, ist es kein wirtschaftlich lebensfähiges Gebilde. Die slawischen Nachbarvölker und Ungarn haben sich von uns getrennt; sie wollen keine Gemeinschaft mit uns mehr, die unseren Lebensbedingungen entspräche. So bleibt uns nur ein Weg übrig: der Anschluß an Deutschland. Unsere bürgerlichen Parteien haben das alte Deutschland geliebt: das Deutschland der Hohenzollern, der preußischen Junker, des völkermordenden preußischen Militarismus. Dieses Deutschland haben wir Sozialdemokraten gehaßt. Aber jetzt ist ein neues Deutschland entstanden: die Hohenzollern sind verjagt, das deutsche Volk hat sich von der Herrschaft des Preußentums befreit, in der großen deutschen sozialistischen Volksrepublik ringt die deutsche Arbeitermasse in gewaltigen Kämpfen zum Sozialismus empor! Dieses Deutschland gefällt unseren besitzenden Klassen nicht. Fabrikanten und Bankherren, um ihre Profite zitternd, spinnen jetzt ihre Ränke gegen den Anschluß an Deutschland — der Geldsack, der sich immer deutschnational gebärdet hat, fühlt nicht mehr deutsch, seitdem Deutschland rot ist! Wir aber wollen zu dem roten Deutschland! Die deutschösterreichische Republik soll sich als ein besonderer Bundesstaat der großen gesamtdeutschen Republik eingliedern! Der Anschluß an Deutschland ist jetzt Anschluß an den Sozialismus!

Wähler und Wählerinnen! In dieser Frage wie in jeder andern stehen sich Besitzende und Besitzlose, Ausbeutende und Ausgebeutete, Reiche und Arme feindlich gegenüber! Alle bürgerlichen Parteien, wie immer sie sich nennen, vertreten nur die Interessen der Besitzenden. Sie sprechen vom Christentum und vom Deutschtum nur, um unter heuchlerischer Maske den Kapitalsbesitz der Kapitalisten, den Großgrundbesitz des Adels und der Kirche zu verteidigen! Ihnen gegenüber müssen alle Besitzlosen, alle Arbeitenden und Ausgebeuteten zusammenstehen. Sammelt euch unter der roten Fahne! Vereint euch zum Kampfe für Demokratie und Sozialismus! Sorget dafür, daß das Volk Deutschösterreichs am 16. Februar entscheide für die sozialistische Republik!

**Der Parteivorstand
der deutschösterreichischen Sozialdemokratie.**







Von demselben Verfasser
ist gleichzeitig erschienen:

Deutschösterreich und die christlichsoziale Partei.

Eine Erörterung des christlichsozialen Programms.
Kl.-8°. (60 S.) Preis K 1.10 samt Steuerzuschlag.

Die Verhältniswahl bringt es mit sich, daß die Parteien mehr zur Geltung kommen als früher, und daß die Grundsätze, die Programme, von denen sich die Parteien leiten lassen, eine stärkere Werbetraft ausüben. Daher wird in diesem Wahlkampfe die Erörterung des Parteiprogrammes eine große Rolle spielen. Die vorliegende Broschüre ist geeignet, sich in das christlichsoziale Programm zu vertiefen. Der Verfasser schreibt in seiner Einleitung: „Die Vertrautheit mit unserem Programm ist der beste Schutzdamm gegen jedes demagogische Geschrei, das gerade in jenen Parteien am stärksten erhoben wird, die ihrem eigenen Programm keine Werbetraft zutrauen.“ Die Broschüre, die sich zur Wahlagitacion sehr gut eignet, bringt im Anhang den Wortlaut des Programmes der steirischen Christlichsozialen, des niederösterreichischen Bauernbundes und das Wahlprogramm der christlichsozialen Partei Deutschösterreichs.

Im Jahre 1908 erschien:

Die österreichische Sozialdemokratie

Eine Darstellung ihrer geschichtlichen Entwicklung,
ihres Programmes und ihrer Tätigkeit.

Dritte, verm. Aufl. 8°. 16 Bogen. K 1.20 (ermäß. Preis).

Inhalt: 1. Die geschichtliche Entwicklung der österreichischen Sozialdemokratie. — 2. Das Programm der österreichischen Sozialdemokratie in seinem grundsätzlichen Teil. 3. Der Kampf um den Zukunftsstaat. — 4. Der politische Kampf. — 5. Der wirtschaftliche Kampf. — 6. Stellungnahme der österreichischen Sozialdemokratie zu den kulturellen Fragen.

.....
Graz • Verlagsbuchhandlung „Ethyria“ • Wien